

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.) Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Insetrate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet. Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Sozialstatistisches aus Ungarn.

Bekanntlich haben die österreichischen und die ungarischen Arbeiter je eine über das ganze Land verbreitete Krankenkasse, die beide wohl die größten Institute dieser Art in Europa sein dürften. Wenn wir recht unterrichtet sind, zählt die ungarische „Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse“, die ihren Sitz in Budapest hat, an die 200 000 Mitglieder. Eine solche bedeutende Arbeiter-Krankenkasse ladet den Sozialpolitiker sowohl wie den geistig regsamsten Arzt geradezu ein, die gebotene Gelegenheit zu benutzen und eine systematische Untersuchung über die Arten der Krankheiten, über die Zahl und das Verhältnis der Todesfälle und deren Ursachen, über das Lebensalter der verstorbenen Mitglieder und über den Antheil der hauptsächlichsten Berufe an diesen Erscheinungen z. vorzunehmen. Es fand sich denn auch in der Persönlichkeit des Chefarztes der Kasse, Dr. Josef Grünhut, der Mann, der die schwierige, aber dankbare Aufgabe übernahm, und sein Bericht über die gepflogene Untersuchung bietet nach unserer Auffassung über die Grenzen Ungarns hinaus für Alle Interesse, die sich mit sozialen Dingen beschäftigen.

Nach längeren hier unwesentlichen Bemerkungen sagt Dr. Grünhut über seine Untersuchung: Uebergehend auf die Statistik der „Allg. Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse“ in Budapest werden wir, abweichend von den bisherigen Arbeiten, keine Statistik aus Spitälern oder aus Sterbefällen zusammengetragen, liefern, sondern eine Statistik einer Arbeiterfamilie, wie sie sich während 25 Jahren in Erkrankungs- und Sterbefällen verhält. Wir glauben damit den Ausspruch Reifers, „daß Arbeiter mit schweren und harten Arbeiten beschäftigt, aber in wohlgeordneten Verhältnissen lebend, eine geringere Sterblichkeit und längere Lebensdauer aufweisen, als die Gesamtbevölkerung“, auch statistisch nachweisen zu können.

Die Statistik wurde aus den 12 ersten und 6 letzten Jahrgängen mit 400 000 Mitgliedern zusammengestellt; außerdem von einem Jahrgange das Verhältnis der Arbeitsfähigen zu den Arbeitsunfähigen. In allen 3 Zusammenstellungen wurde dasselbe Verhältnis gefunden.

Wir bemerken, daß die Aufnahmen in die Kasse vom 14. bis 50. Lebensjahre und nur selten bis zum 60. Jahre geschehen, und zwar nach wünschlich genauer ärztlicher Untersuchung.

Das durchschnittliche Lebensalter der Mitglieder beträgt 39,32 Jahre. Von den Gesamtmitgliedern erkranken 28,7 pCt. Die durchschnittliche Krankheitsdauer

beträgt 15,51 Tage. Von den Gesamterkrankungen sterben 4,5 pCt. Von der Gesamtzahl der Mitglieder sterben 1,3 pCt. Von den ärztliche Hilfe auffuchenden Erkrankten vertheilen sich 75 pCt. auf arbeitsfähige und 25 pCt. auf arbeitsunfähige Mitglieder.

Bei Arbeitsfähigkeit sind von den Erkrankungen

Magen- und Darmkrankheiten	20,6 pCt.
Verletzungen	8,2 „
Rheumatismus	8,0 „
Lungenkatarrh	9,9 „

Bei Arbeitsunfähigkeit:

Magen- und Darmkrankheiten	16,86 pCt.
Verletzungen	16,78 „
Lungenkatarrh	16,40 „
Rheumatismus	11,58 „

Die Erkrankungen der Arbeitsfähigen auf einzelne Berufsweige vertheilt:

	Verletzung.	Magen- u. Darmkrankheiten.	Lungenkatarrh.	Rheuma.
	pCt.	pCt.	pCt.	pCt.
Schmiede und Gießer	27,57	15,11	13,72	11,11
Schlosser und Metallarbeiter	26,05	12,44	12,00	9,00
Tagelöhner	21,82	13,45	17,04	12,30
Fischer u. Holzarbeiter	22,82	13,77	15,22	13,48
Mühlarbeiter	15,11	15,64	26,93	10,05
Arbeiterinnen	4,93	24,80	14,09	11,40
Frauen, die häuslich beschäftigt	3,78	22,14	16,28	12,30
Verschied. Beschäftigung	12,82	17,55	17,00	13,00

Die größte Anzahl der Magen- und Darmkrankungen kommt bei den Frauen vor. Eine Erklärung hierfür wäre, daß ein Arbeiter mehr verdient als eine Arbeiterin, sich daher besser nähren kann und weiter ist es allbekannt, daß der Mann, der Ernährer der Familie, täglich sein Fleisch haben muß (?), für Weib und Kind langen die Mittel nicht, die bekommen nur Sonntags Fleisch.

Bei den Professionisten nehmen die Verletzungen den ersten Platz ein, den zweiten die Magen- und Darmkrankheiten. Bei Mühlarbeitern nimmt Lungenkatarrh den ersten Platz ein, welches seine Erklärung haben mag, daß wir es hier nicht mit Müllern, sondern mit invaliden Arbeitern, die, nachdem sie für die verschiedenen Berufsweige untauglich, noch als letztes Asyl die Mühle aufsuchen und bis sie dort Aufnahme finden, vielfachen Entbehrungen ausgesetzt, daher mangelhaft ernährt sind und bald durch den Mühlstaub arbeitsunfähig werden. Man findet auch immer Magen- und Darmkatarrh neben Lungenkatarrh.

Die Tuberkulose zeigt auffallend keinen besonderen Prozentunterschied bei den verschiedenen Berufsweigen, ja sogar bei den Mühlarbeitern, bei denen die Tuberkulose

durch vegetabilischen Staub entstehen soll, zeigt sich die größte Erkrankungshäufigkeit.

Mühlarbeiter	8,85 pCt.
Gießer und Schmiede	1,49 „
Schlosser und Metallarbeiter	2,54 „
Bergarbeiter	2,80 „
Fischer und Holzarbeiter	2,89 „
Arbeiterinnen	2,25 „
Frauen mit häuslicher Beschäftigung	2,60 „
Verschiedene Beschäftigung	2,93 „

Von den Sterbefällen wollen wir zuerst die Gesamtmitgliederzahl in Bezug auf die einzelnen Krankheiten in Betracht ziehen. Von gesunden Arbeitern sterben an:

Gehirn- und Rückenmarksleiden von 10 000	9
Herzkrankheiten	5
Lungenkatarrh	9
Lungenschwindsucht	52
Lungenentzündung	16
Magen- und Darmkrankheiten	10
Verletzungen	5
Nierenkrankheiten	3
Frauen an Frauenkrankheiten	11
Frauen an Altersschwäche	2
Geisteskrankheiten	0,5
Alkoholismus	0,7
Selbstmord	4,0

Den höchsten Prozentsatz in Sterbefällen liefert die Lungenschwindsucht; von je 100 erkrankten Mitgliedern sterben 1,79 pCt. und von den Gesamtmitgliedern sterben an Lungenschwindsucht:

Mühlarbeiter	0,6 pCt.
Gießer und Schmiede	0,33 „
Schlosser und Metallarbeiter	0,51 „
Tagelöhner	0,6 „
Fischer und Holzarbeiter	0,33 „
Frauen	0,37 „
Verschiedene Beschäftigung	0,55 „

Die allgemeine Annahme, daß der Beruf die Mehrerkrankungen und Mehrsterblichkeit verursacht, muß als nicht erwiesen betrachtet werden.

In einem eingehenden Referate an den bayerischen Ober-Medizinalausschuß ist in jüngster Zeit Professor Ziemlen in München, bezüglich der Prophylaxe (Verhütung) der Tuberkulose nebst anderen zu folgenden Schlüssen gelangt:

1. Reichliche Ernährung mit gemischter Kost, besonders reichliche Fettzufuhr.
2. Reichlicher Genuß frischer Luft.
3. Gesunde trockene Wohnung.
4. Maßnahmen, um Ansteckungen zu verhindern.

Nachdem nun in der Erkrankungsstatistik die Magen- und Darmkrankheiten, in der Sterbestatistik die Lungenschwindsucht das Hauptkontingent stellen und wir uns bestrebt haben, nachzuweisen, daß der Beruf nur in zweiter

Feuilleton.

„Zum Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorsirte Uebersetzung von Armin Schwarz.

Er lachte noch mehr und Ballagnose, der in seiner Nähe saß, genoß das Vergnügen mit, ohne aber ein Wort zu sagen.

— Mein Gott, man muß Alles erproben, sagte Mouret endlich, indem er selber that als ob er sich belustigen würde. Wozu ist denn das Geld, wenn man es nicht ansieht?

— Das ist ganz recht, sagte der Baron. Unterhalten Sie sich, mein Lieber, ich bin der Letzte, der Ihnen Moral predigen wird oder der wegen der hohen Interessen, die wir Ihnen anvertraut haben, beängstigt wäre. Man muß sich anstoßen, dann hat man den Kopf freier und dann hat es ja auch nicht viel zu bedeuten, daß man sein Geld hinauswirft, wenn man der Mann danach ist, um sein Glück wieder aufzubauen. Aber es giebt andere Klümmernisse

Er hielt inne, ein trauriges Lächeln umspielte seine Lippen, durch die Ironie seines Skeptizismus klang die Erinnerung an die Leiden früherer Tage durch. Er hatte den Zweikampf zwischen Henriette und Mouret mit Aufmerksamkeitsverfolgung als Neugieriger, den die Herzensklümmernisse interessierten und er sah wohl, daß die Krise gekommen sei. Er errieth das Drama, denn er war unterrichtet

über die Geschichte mit dieser Denise, die er im Vorzimmer getroffen hatte.

— Ob, was das Leiden betrifft, so ist das nicht meine Spezialität, sagte Mouret prahlerisch. Es ist doch genug, wenn ich bezahle.

Der Baron betrachtete ihn eine Weile stillschweigend. Ohne seine diskrete Anspielung weiter verfolgen zu wollen, fügte er leise hinzu:

— Machen Sie sich nicht schlechter als Sie sind. Sie werden bei der Affaire noch andere Dinge als ihr Geld — Ja Sie werden Ihr Fleisch dabei lassen, mein Lieber. Nicht wahr, Herr von Ballagnose, das kommt?

— Man sagt es, Herr Baron, erwiderte Ballagnose einfach.

Gerade in diesem Augenblick wurde die Thür geöffnet. Mouret, welcher eben antworten wollte, fuhr überrascht empor; alle drei Herren wandten sich um. Es war Madame Desforges, die mit heiterer Miene den Kopf hereinsteckte und in dringendem Tone rief:

— Herr Mouret, Herr Mouret! Verzeihen Sie, meine Herren, daß ich Ihnen Herrn Mouret auf einen Augenblick entführe. Da er mir einen abscheulichen Mantel verkauft hat, so ist doch das Wenigste, daß er mir seine Meinung darüber sage. Dieses Mädchen ist eine Narrin ohne eine Idee. Kommen Sie, ich erwarte Sie!

Er zögerte, denn er sah die Szene voraus, die da kommen sollte. Allein er mußte gehorchen. Der Baron sagte ihm mit seiner väterlichen und zugleich spöttischen Miene:

— Gehen Sie, mein Lieber, Madame bedarf Ihrer. Mouret folgte ihr denn. Die Thür fiel wieder ins Schloß und er glaubte ein höhnisches Lachen von Ballagnose zu hören. Ueberdies war er mit seinem Wig zu Ende.

Seitdem Henriette den Salon verlassen hatte und er wußte, daß Denise sich in der Gewalt dieser eiserfüchtigen Frau befände, bemächtigte sich seiner eine immer steigende Angst. Eine nervöse Marter, die ihn zwang, fortwährend die Ohren zu spitzen, als ob er jeden Augenblick ein Schluchzen vernehmen sollte. Was konnte dieses Weib erfinden, um sie zu quälen? und seine ganze Liebe, diese Liebe, die ihn noch immer über-raschte, flog dem Mädchen zu gleichsam als Stütze und Trost. Niemals hatte er so geliebt, mit diesem mächtigen Reiz des Leidens. Seine Liebeshafte eines Geschäftsmannes, Henriette selbst, so fein, so hübsch sie auch war, so stolz ihr Besitz ihn machte, war nichts als ein angenehmer Zeitvertreib, zuweilen ein Kalkül. Jetzt aber pochte sein Herz bellommen, sein ganzes Leben war von dieser Liebe eingenommen, er fand keinen Schlaf mehr, einsam in seinem großen Bett. Denise hatte ihn unaufhörlich in ihrer Gewalt. Selbst in diesem Augenblick gab es für ihn nichts als sie und er dachte, daß er Henriette folgen müsse, um nöthigenfalls Denise zu vertheidigen.

Sie durchschritten das Schlafzimmer, das still und leer war. Dann stieß Madame Desforges eine Thür auf und ging in ihr Kabinett, wohin Mouret ihr folgte. Es war ein geräumiges Zimmer, ganz mit rother Seide tapeziert; ein Toiletteisch und ein großer dreitheiliger Schrein mit breiten Spiegelthüren bildete die Einrichtung. Da diese Fenster auf den Hof gingen, war es in diesem Räume schon dunkel. Man hatte deshalb zwei Gaslampen angezündet.

Als Mouret eintrat, fand er Denise aufrecht mitten im Zimmer unter dem hellen Gaslichte. Sie war sehr bleich, mit einer bescheidenen Jacke von schwarzem Cachemir und einem Hütdchen bekleidet. Auf dem linken Arm hielt sie den Mantel, welchen Madame Desforges im „Glück der Damen“

Linie in Betracht gezogen werden kann, müssen wir in erster Linie die ungenügende Beschaffung der Mittel, die zur Erhaltung des Lebens eines Arbeiters notwendig sind — gute Kost, entsprechende Wohnung und frische Luft — als Hauptursache der Mehrerkrankung und Mehrsterblichkeit der Arbeiter hinstellen.

Seitdem es gewiß geworden, daß die Tuberkulose und fast die meisten Krankheiten durch Bakterien entstehen, werden auch von den Ärzten die Ursachen der Krankheiten nicht mehr im Verufe, sondern in den hygienischen Verhältnissen gesucht. Der Vorwurf, der die Medizin seit Jahrtausenden traf, keine Mittel zur Verlängerung des Lebens und zur Erhaltung der Gesundheit der Menschen gefunden zu haben, kann sie heute nicht mehr in dem Maße treffen, seitdem sie nicht nur lehrt, Krankheiten heilen, sondern auch, Krankheiten verhüten. Die Beschaffung der Mittel, dem zu entsprechen, fällt nicht in das Gebiet unseres (ärztlichen) Wirkungskreises.

Außerdem giebt es noch gewichtige und in vieler Hinsicht verschiedenartige Faktoren, die auf die Erhaltung des Lebens und der Gesundheit von Einfluß sind, so die Verhältnisse, in denen ein Mensch geboren, erzogen und in die er mit oder ohne Zufall gerät, Verhältnisse, die den Menschen in Bahnen treiben, die ihn zum Leben oder zum Verderben führen.

8. Sitzung der Arbeiterschutzkommission.

Donnerstag, den 12. Juni.

Die Diskussion wird fortgesetzt über § 120 (Fortbildungsschulen).

W. I. M. will den Fortbildungsschul-Unterricht auch für den Sonntag Vormittag zulassen. Die Lehrkräfte seien vielfach nicht anders zu erhalten. Der Redner ist für Aufrechterhaltung der Regierungsvorlage mit dem Zusatzantrag Bebel und Gen.

Dr. Pieber stellt den Antrag: Am Sonntag Vormittag darf der Unterricht nicht erteilt werden; dem schließt sich ein Antrag von Dr. Kropatschek an. Kleist-Nehow will die vom Staate anerkannten Innungs-, Fach- und Fortbildungsschulen den Gemeindegemeinschaften gleichgestellt wissen.

H. v. Stumm will überhaupt den obligatorischen Besuch der Fortbildungsschulen beseitigen.

Dr. Kropatschek bemerkt die Volksschulen, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen seien. Die Fortbildungsschulen hätten nicht den Verfall, die Schüler in den Elementarfächern zu unterrichten. Event. sei auch er für den Stumm'schen Antrag; der obligatorische Besuch der Schule sei auch ihm nicht sympathisch. Seinen Antrag ändert er dahin, daß am Sonntag Vormittag vor und während des Gottesdienstes der Unterricht nicht zulässig sei.

v. Kleist glaubt nicht, daß auf den Fortbildungsschulen materialistischer Unterricht erteilt werde; sollte dies dennoch geschehen, so möge der Teufel jene pflichtvergessenen Lehrer holen.

G. D. M. Lohmann hält die Annahme der Anträge (mit Ausnahme des Antrags v. Kleist) für verhängnisvoll. Aber auch den Antrag Kleist kann er nicht empfehlen. Wenn beschlossen werden sollte, daß der Unterricht außerhalb der üblichen Arbeitszeit liegen müsse, auch am Sonntag nicht stattfinden dürfe, so würde das den Fortbildungsschulen den Todesstoß versetzen. Für eine solche Unterrichtszeit seien Lehrkräfte gar nicht oder doch nur sehr schwer zu bekommen. Seit längerer Zeit würde der Unterricht während des Gottesdienstes nicht mehr zugelassen. — Was den Kleist'schen Antrag beträfe, so sei es sehr bedenklich, die Innungs- u. Schulen in Konkurrenz mit den Gemeinde-Fortbildungsschulen zu bringen. Der obligatorische Unterricht müsse bleiben.

v. Puttkamer ist gegen jeden organisatorischen Eingriff der Gesetzgebung in die bestehenden Verhältnisse. Er bittet alle Amendements abzulehnen.

Gegielsti kann für den Antrag Pieber-Bebel stimmen; gegen den obligatorischen Unterricht müsse er sich ganz energisch wenden. Sollte jedoch der Abs. 3 angenommen werden, so bitte er einen Zusatzantrag von ihm anzunehmen, daß der Unterricht in den polnischen Landesteilen in polnischer Sprache erteilt werde.

Dr. Hirsch will den obligatorischen Unterricht ausrecht erhalten. Was den Materialismus beträfe, so sei das Entgegengesetzte der Fall. Diejenigen Lehrer, die die schwere Aufgabe des

gelaufen hatte. Als sie den jungen Mann eintreten sah, bebte sie unmerklich zusammen.

— Ich will, daß Herr Mouret selbst urtheile, sagte Henriette, helfen Sie mir, Fräulein.

Denise mußte näher treten und ihr den Mantel umlegen. Sie hatte schon bei einer früheren Probe Stechnadeln in die Schultern befestigt, welche nicht paßten. Henriette wandte sich um und betrachtete sich vor dem Spiegeltüren des Schreines.

— Ist es möglich? sprechen Sie ganz offen.

— Er ist nicht gelungen, Madame, in der That, sagte Mouret, um die Sache kurz abzumachen. Aber die Sache ist ja ganz einfach; das Fräulein wird Ihnen das Maß nehmen und wir werden Ihnen einen andern Mantel machen.

— Nein, ich will diesen, ich brauche ihn sogleich, sagte sie lebhaft, aber er preßt mir die Brust zusammen, während er am Hals so weit ist.

Dann fügte sie mit ihrer trockenen Stimme hinzu:

— Wenn Sie mich anschauen, Fräulein, damit wird die Sache nicht besser. Suchen Sie, finden Sie etwas, es ist ja Ihre Aufgabe.

Ohne den Mund zu öffnen begann Denise wieder mit den Stechnadeln zu manipulieren. Das dauerte lange, sie mußte von einer Schulter zur andern gehen, sie mußte sich einmal sogar bücken, fast niederknien, um den Mantel nach vorne zu ziehen. Mittlerweile zeigte Madame Desforges, sich ihr überlassend, das strenge Gesicht einer Herrin, die schwer zu befriedigen ist. Glücklich bei dem Gedanken, daß sie dieses Mädchen zu den Diensten einer Magd erniedrigen konnte, gab sie ihr kurze, gemeinere Befehle, wobei sie das von einem nervösen Hitzern gefolterte Gesicht Mourets betrachtete.

— Daher geben Sie eine Stechnadel, nicht dort, hier neben dem Aermel; verstehen Sie denn nicht? und nehmen Sie sich in Acht, Sie werden mich stechen.

Mouret hatte schon zwei Mal vergebens versucht, dazwischen zu treten, um dieser Szene ein Ende zu machen. Sein Herz pochte heftig, denn er fühlte seine Liebe gedemüthigt und angefaßt des geduldigen Stillstehens,

Unterrichts übernehmen, seien nicht Materialisten, sondern Idealisten.

Bebel stimmt Dr. Kropatschek zu; die Volksschule erfülle in der That nicht ihren Zweck, das läge aber daran, daß die Volksschule vielfach mit zuviel Religionsstunden belastet sei. Die Moral würde durch die Religion nicht gehoben, was man am Besten an Rußland sehen könne. Das russische Volk sei sehr religiös, moralisch stehe es dagegen auf einer niedrigen Stufe. — Was die Stunden des Unterrichts beträfe, so müsse er dabei bleiben, diese Stunden in die übliche tägliche Arbeitszeit zu legen.

von Stumm entgegen Bebel, daß seinen historischen Kenntnissen nach jedes Volk nach dem Verlust seiner Religion auch seine Moral und schließlich seine Existenz verloren habe. — Wenn die Fortbildungsschulen ohne Tadel seien, so würden nicht so viele Verbesserungsanträge hier vorliegen. Es sei daher besser, die Regelung des obligatorischen Unterrichts den Landesgesetzgebungen zu überlassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Kropatschek in seinem ersten Theil abgelehnt, der zweite Theil: „An Werktagen ist der Unterricht in die sonstige Arbeitszeit der jungen Leute zu legen“, wird dagegen angenommen. Der Antrag Bebel und Genossen wird dadurch hinfällig. Die Anträge v. Kleist und Gegielsti werden abgelehnt.

Der § 120 in der Regierungsvorlage mit dem Zusatzantrag Kropatschek wird hierauf angenommen.

Die Diskussion wird eröffnet über § 126 (Lehrlingsverhältnisse). Hierzu liegt ein Antrag von Bebel und Genossen vor, der dem Paragrafen hinzuzufügen will:

„Zu häuslichen Dienstleistungen, sowie zu Arbeiten, die mit dem Beruf nicht in direkter Beziehung stehen, ist der Lehrling nicht verpflichtet.“

Die tägliche Arbeitszeit des Lehrlings darf 10 Stunden, ausschließlich der Pausen, nicht überschreiten.“

Ferner von Dr. Hirsch:

„Er hat für die Erhaltung der Gesundheit des Lehrlings Sorge zu tragen, insbesondere durch eine geregelte, nicht übermäßige Arbeitszeit und durch Beschaffung geeigneter Arbeits- und Schlafräume.“

Bebel kann sich mit dem Antrag Hirsch nicht befreunden. Er halte eine präzisere Fassung notwendig. Was den sozialdemokratischen Antrag beträfe, so verweise er darauf, daß Lehrlinge vielfach zu häuslichen Arbeiten verwendet würden und die Stelle der Diensthilfen zu vertreten hätten. Eine gute Ausbildung der Lehrlinge sei unter solchen Verhältnissen nicht zu erwarten. Auch die Arbeitszeit der Lehrlinge müsse eingeschränkt werden. Was den jugendlichen Arbeitern in Fabriken recht sei, müsse den Lehrlingen im Handwerk billig sein. Die Einrichtungen und Lage der Handwerker-Werkstätten sei in sehr vielen Fällen höchst bedenklicher Natur, ein Schutz der Lehrlinge daher geboten.

Dr. Hirsch meint, sein Antrag sei geradezu allgemein gehalten, der betreffende Paragraf der Regierungsvorlage. Das könne auch gar nicht anders sein. Jedenfalls sei sein Antrag eine gute Waffe gegen Ausbeutung der Lehrlinge. Er wünsche bezüglich der Bestimmung der Arbeitszeit keinen rapiden, sondern einen allmählichen Fortschritt. Besserung sei notwendig, denn aus schlecht behandelten, unzufriedenen Lehrlingen würden fast immer Sozialdemokraten.

G. D. M. Lohmann hält den Antrag Hirsch für zwecklos. — Der Antrag Bebel wolle es verbieten, Lehrlinge für häusliche Dienstleistungen zu verwenden. In großen Städten möge das vielleicht zulässig sein, nicht aber in kleinen Städten und auf dem platten Lande, wo die Lehrlinge fast immer eine bessere Ausbildung erhielten.

v. Puttkamer wendet sich gegen Bebel. Er glaube gerne, daß in großen Städten die Lehrlinge ausgebeutet werden. In den kleinen Städten gehöre der Lehrling zur Familie und es sei verhängnisvoll, hier dem Handwerksmeister Beschränkungen aufzuerlegen.

Die Diskussion wird abgebrochen und bis auf Sonnabend Morgens 10 Uhr vertagt.

Politische Uebersicht.

In der heutigen Sitzung der Militärkommission wurde der entscheidende § 2 in all seinen Theilen mit 20 gegen die 8 Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschfreisinnigen und des Volksparteilers Payer angenommen. Zu Bezug auf die vorliegenden Anträge und Resolutionen, namentlich den Antrag Nidert auf einjährige Budgetbewilligung, fand eine ziemlich lebhafte Debatte statt. Das Zentrum, das, wie nun feststeht, in seiner Mehrheit unter allen Umständen für die Vorlage stimmen wird, hat nachstehende Resolution eingebracht:

Dr. Windthorst. Die Kommission wolle beschließen:

welches Denise bewahrte, steigerte sich nur noch seine Liebe. Als Madame Desforges sah, daß sie sich nicht vertragen werden, suchte sie nach einem andern Auskunftsmodell; sie lächelte Mouret zu, um ihn als ihren Geliebten bloßzustellen. Da die Stechnadeln ausgegangen waren, sagte sie ihm:

— Schauen Sie, mein Freund, in dem Eisenkasten auf der Toilette. Ist es leer, wirklich? Seien Sie so liebenswürdig, suchen Sie auf dem Kamin des Schlafzimmers, Sie wissen ja: in der Ecke beim Spiegel.

Und sie behandelte ihn als einen Mann, der sich in ihrem Schlafzimmer gut auskennt, der da weiß, wo Kämme und Bürsten zu finden seien. Als er ihr Stechnadeln gebracht hatte, nahm sie eine nach der andern, nöthigte ihn neben ihr zu bleiben, schaute ihn an und sprach leise mit ihm, als ob Denise gar nicht zugegen gewesen wäre.

— Ich bin doch nicht bucklig, geben Sie Ihre Hand her, betasten Sie meine Schultern, bin ich denn so unschön gebaut?

Denise hatte langsam aufgeblickt, sie war noch bleicher als früher und sie begann nun von neuem stillschweigend die Stechnadeln zu befestigen. Mouret sah nichts als ihr weiches blondes Haar und ihren zarten Nacken; aber an dem Beben, welches dieses Paar bewegte, glaubte er das Unbehagen und die Scham, welche ihr Gesicht röthete, zu errathen. Sie wird ihn jetzt noch mehr zurückstoßen, sagte er sich, sie wird ihn zu dieser Frau schicken, welche ihr Verhältnis zu ihm vor Fremden nicht verleugnet. Und seine Hände ballten sich krampfhaft, er fühlte nicht übel Lust, Henriette zu frögneln. Wie sollte er Denise sagen, daß er sie anbetete, daß sie allein jetzt für ihn existire, daß er alle seine früheren Liebschaften ihr aufzuopfern bereit sei? Eine gewöhnliche Dirne würde sich die zweiseitigen Vertraulichkeiten dieser Bourgeoise nicht gestattet haben.

— Es ist überflüssig, daß Sie sich so erschern, Madame, sagte er endlich. Ich finde ja selbst, daß der Mantel verdorben ist.

— Das ist alles was ich thun kann, Madame, bemerkte Denise ihrerseits sich erhebend.

I.

Die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen Abstand nehmen werden von der Verfolgung von Plänen, durch welche die Heranziehung aller möglichen Mannschaften zum aktiven Dienst durchzuführen werden soll, indem dadurch dem Deutschen Reich geüblich unerschwingliche Kosten erwachsen müßten.

II.

Die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen in eine etwaige weitere Vorlage behufs Änderung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des Heeres unter Aufhebung der Fristbestimmung des Septennats das Etatsjahr als Bewilligungsfrist aufnehmen werden, während der Reichstag es sich vorbehält, auch bevorstehender sich ergebender geeigneter Gelegenheit die Durchführung dieser Aenderung der Frist zur Geltung zu bringen.

III.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine baldige Herabminderung der thatsächlichen Präsenzzeit bei der aktiven Armee, sei es durch Verlängerung der Rekrutervalanz, sei es durch Vermehrung der Dispositionsurlauben eintreten zu lassen.

IV.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Einstellung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit für die Truppen in ernsthafte Erwägung zu ziehen. Berlin, den 12. Juni 1890.

Während die Deutschfreisinnigen und der Vertreter der Volkspartei ihre Zustimmung zu der Vorlage unter der Bedingung erklärten, daß der Antrag Nidert und die „Kompensationen“ der zweijährigen Dienstzeit angenommen werde, gab die Linken Namens der Sozialdemokraten die Erklärung ab, daß er nicht seinen Kollegen in der Kommission zwar für den Antrag Nidert und, trotz deren bedenkllicher Fassung, auch für die Windthorst'schen Resolutionen, jedoch unter allen Umständen gegen die Regierungsvorlagen stimmen werde; und daß die Sozialdemokraten mit ihrem rein negativen Standpunkt die Interessen des Volks am besten vertrete und überzeuge sei, auch die Masse des Volkes hinter sich zu haben.

Das Gespenst des Konfliktes, sogar eines Staatsstreiches ging in der Kommission um, ohne indeß einen sonderlich erschreckenden Eindruck zu machen — lange nicht so erschreckend, als der famose Zukunftsplan des Kriegsministers.

Herr Windthorst meinte, die Zeit sei jetzt nicht günstig für einen Konflikt, — wenn man den Hebel ansehen wolle, müsse man auch eine „feste Unterlage“ haben, was Liebmann zu der Bemerkung veranlaßte, daß die Gegner der Vorlage die denkbar festeste „Unterlage“ für den Hebel der Opposition hätten, nämlich das deutsche Volk, und daß der Reichstag, wenn er den Kampf mit dem Militarismus aufnehmen, von einem „Appell an das Volk“ Alles zu gewinnen habe.

Die nächste Sitzung, in welcher die endgültigen Abstimmungen stattfinden werden, wurde auf Wunsch des Zentrums, dessen bayerische Mitglieder sich noch „mit ihren Wählern zu verständigen wünschten“, bis zum Montag Abend (7 Uhr) vertagt.

Wie schon gesagt, an der Annahme der Regierungsvorlage ist nicht mehr zu zweifeln. Wenn auch die Deutschfreisinnigen Partei, nach Nidert's Ankündigung, im Fall der Verwerfung „Kompensationen“ geschlossen gegen die Vorlage stimmen werde, so reichen die Stimmen, welche das Zentrum auch im Fall der Verwerfung der Kompensationen und Resolutionen für die Vorlage stellen wird, doch aus, um dieselbe durchzubringen.

„Aber im Herbst“ will das Zentrum den Kampf aufnehmen. Nun — leichter ist der Kampf dann sicherlich gemacht worden, und wer einmal „ausgeschnitten“ ist, sieht bekanntlich mit wachsender Angst der Entscheidung entgegen und sucht möglichst hinauszufchieben.

Zum Glück liegt es nicht in der Macht des Herrn Windthorst, den „Konflikt“ weg zu eskamotieren. Einmal muß er ausgefochten werden. Und wir sagen: Je eher, je besser!

Wenn die Organe des Freisinn so thun, als sei die Partei, nachdem die Verkleinerung des Mißes am Montag gelungen, nunmehr wieder völlig eins, so ist das ein

Sie war mit ihrer Kraft zu Ende. In ihrem Leiden hatte sie sich schon zweimal mit den Stechnadeln in den Finger gestochen. War er mit im Komplott, hatte er sie kommen lassen, um sich für ihren Refus zu rächen, indem er ihr die anderen Frauen zeigte, die ihn liebten. Dieser Gedanke machte sie erstarren. Niemals bedurfte sie so sehr des Muthes wie in diesem Augenblicke, selbst nicht in den furchterlichen Stunden, da ihr das tägliche Brot mangelte. Gedemüthigt zu werden, das war nichts; aber ihn schier in den Armen einer Andern zu sehen, während sie selbst noch amweindend ist! . . .

Henriette betrachtete sich vor dem Spiegel, dann brach sie von Neuem in harte Worte aus.

— Das ist ein Scherz von Ihnen, mein Fräulein, er steht noch schlechter als früher. Schauen Sie, wie er mit die Brust zusammenpreßt, ich sehe aus, wie eine Amme.

Zum Aeußersten getrieben, ließ nun Denise ein unangenehmes Wort entschlipfen.

— Madame sind eben etwas stark, wir können ja Madame nicht weniger stark machen, als Sie sind.

— Stark, stark, wiederholte Henriette erbleichend; jetzt werden Sie gar unverschämte, Fräulein!

Und sie betrachteten einander bleich und bebend. Von da ab hörte der Unterschied zwischen Dame und Lademädchen auf. Sie waren nur Weiber, einander gleich in ihrer Rivalität. Die Eine hatte sich den Mantel heftig vom Leibe gerissen, um ihn auf einen Sessel zu werfen, während die Andere die Stechnadeln, die ihr noch in der Hand geblieben, auf einen Toilettisch hinwarf.

— Was mich wunderte, fuhr Henriette fort, das ist, daß Herr Mouret eine solche Unverschämtheit duldet; ich dachte, mein Herr, daß Sie strenger sind mit Ihrem Personal.

Denise hatte ihre Ruhe und Fassung wiedergewonnen; sie erwiderte in sanftem Tone:

— Wenn Herr Mouret mich im Dienst behält, so geschähe es, weil er mir nichts vorzuwerfen hat. Ich bin bereit, Ihnen meine Entschuldigungen vorzubringen, wenn er es wünscht.

(Fortsetzung folgt.)

sch komisch. Der persönliche Zwist ist beigelegt, und die Herren werden sich in Zukunft nicht mehr direkt öffentlich bekämpfen; was aber für die Ausgleichung der sachlichen Gegensätze gewonnen wäre, ist nicht einzusehen. Herr Richter bleibt Staatsmann und Herr Richter bleibt Oppositionsmann; Herr Hänel wird auch fortan die Regierung loben, wenn Herr Richter sie angegriffen hat. Unseres Dafürhaltens wäre es für die politisch festen Elemente des Reichstages entschieden ein Gewinn gewesen, wenn sie die Verbindung mit den Nationalliberalen Liebesbriefe tauschen, gelöst hätten; ihre Aktion wäre dann freier, ungehinderter, während sie jetzt gelähmt ist. Doch die Sache geht uns nichts an. Einig sind die Freisinnigen jedenfalls auf wirtschaftlichem Gebiet. Hier stehen beide, politisch verschiedenen, anhänglichen Gruppen auf dem Standpunkt des starren Manchestertums. Gegenseitig sprechen sich die Herren Virchow oder Schmidt ja einmal für etwas Arbeiterschutz aus. Das dient dann für eine Zeit lang als vollgültiger Beweis, daß die Partei arbeitertreu ist; aber weiter hat es keine Wirkung, weil man dies weiß, stimmt es auch die intimsten freisinnigen Freunde des Kapitals nicht im mindesten böse.

Das Abgeordnetenhaus verhielt gestern in dritter Lesung den Gesetzentwurf über Rentengüter. Abg. v. Kardorff vernichtete in der Vorlage eine Regelung der hypothekarischen, sowie der kommunalen Verhältnisse, der Bau-, Schul-, Kirchenlasten und dergleichen und kam schließlich auf sein Lieblingshemd, die Wiederherstellung der Silberwährung als des einzigen Heilmittels gegen die Noth der Landwirtschaft, worauf später Abg. v. Geyern erwiderte. Abg. Emmerichs beantragte und bewilligte, die Unablässigkeit der Rente auf ein Zehntel zu beschränken. Ihm pflichtete Abg. Humann (Zentrum) bei. Inzwischen wurde der Antrag abgelehnt und die Vorlage nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Der Gesetzentwurf geht somit noch einmal an das Herrenhaus. Hieraus beschäftigte sich das Haus mit Petitionen. Am Freitag Nachmittag soll der Landtag geschlossen werden.

Der Aufforderung, neue Steuerprojekte zu erfinden und der erschöpften Produktionskraft der Regierung in dieser Richtung zu Hilfe zu kommen, beilliebt sich die „Post“ nachzukommen. Sie schlägt ihrerseits vor, einen Zuschlag zur Zuckersteuer von 1 bis 2 Mark auf den Zentner, eine Verdoppelung der Börsensteuer und der Lotterien emps.

Aus juristischen Kreisen erhält der Leipziger „Mähler“ folgende Zusätze betreffend Urtheile nach Ablauf des Sozialistengesetzes. „In Erwiderung Ihrer Notiz vom 5. Juni betreffend die Frage ob wegen einer noch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes begangenen Kontravention nach dem 30. September Verurteilung eintreten kann, gestatten Sie mir die folgenden Bemerkungen, mit denen ich mich übrigens auf die Kontroverse bezwecke. Der Anwendbarkeit des § 2 des N.-St.-G.-B. beschränken werde. Nur nebenbei sei bemerkt, daß die Ausführungen des Volksblatt-Korrespondenten, soweit sie zwischen Verurteilung und Revision gegen ein in erster Instanz bereits vor dem 30. September ergangenes Strafurtheil unterscheiden, juristisch durchaus korrekt sind. In dem Fall feilsagen: hier soll es sich nur darum handeln, daß nach dem 30. September noch auf Grund des Sozialistengesetzes eine Anklage erhoben wird, was ich persönlich übrigens durchaus nicht glaube. Es muß zunächst zugegeben werden, daß die Logik: „Es handelt sich hier nicht um ein milderes, sondern um ein überhaupt nicht vorhandenes Gesetz“ für den Fall eine sehr befremdende ist. Ja, es ist sogar richtig, daß der Volksblatt-Korrespondent sich juristisch ungenau ausdrückt, wenn er sagt: „Der § 2 Abs. 2 findet (d. h. also unmittelbar) auf diesen Fall Anwendung.“ Wohl aber gelangen wir — und zwar zweifello! — zur Anwendung des § 2 Abs. 2 auf dem Wege der Analogie. (Die Analogie ist dasjenige juristische Verfahren, kraft dessen man in einer rechtlichen Bestimmung (hier der Abs. 2 des § 2) die Konsequenzen eines allgemeinen Prinzips sieht, folgerweise auch das Prinzip (hier: in dubiis lenius — in zweifelhaften Fällen das mildere) —) als vom Gesetzgeber sanktionirt betrachtet, die weiteren Konsequenzen aus diesem Prinzip (hier das Ausbleiben des Gesetzes überhaupt, nicht bloß die Milderung) zieht und endlich schließt, daß kein Grund vorhanden sei, die eine Konsequenz anders zu behandeln als die andere.) Durch die Anwendung des § 2 ist nun zwar die Anwendung der Analogie für das deutsche Strafgesetz ausgeschlossen worden, aber, wohlgemerkt, nur soweit die Strafbarkeit einer Handlung in Betracht kommt. Hier aber handelt es sich um das Gegenteil, nur die per analogiam zu findende Nichtstrafbarkeit einer Handlung. Danach können in den letzten Tagen der Herrschaft des Sozialistengesetzes begangene Verbrechen gegen dasselbe auf keinen Fall zur gerichtlichen Verurteilung kommen, sofern die Verhandlung nach dem 30. September stattfand. Ein Richter, der dennoch eine Verurteilung aussprechen sollte, würde einen so bedenklichen Mangel an strafrechtlichem Verständnis zeigen, daß ich ihn heututage, wo doch die Richterstellen noch nicht ausschließlich in den Händen alter Korpsstudenten sind, gar nicht für möglich halte.

In Bezug auf den Gehaltsverbesserungsplan ist, wie die „Freie Pst.“ annimmt, allgemein im Reichstag unter allen Parteien die Ansicht vorherrschend, daß Gründe der Gerechtigkeit und der finanziellen Interessen der Steuerzahler es absolut verbieten, über denjenigen Rahmen hinauszugehen, welcher bei den Gehaltsverbesserungen in Preußen durch den dort soeben zu Stande gekommenen Nachtragetat festgelegt ist. Hiernach würde von vornherein die Gehaltsverbesserung wesentlich auf die Unterbeamten zu beschränken sein und für alle höheren Beamten, für den größten Theil der Subalternbeamten sowie auch für sämtliche Offiziere abzulehnen sein.

Der freikonservative Abgeordnete Dr. Otto Arendt bekämpft im „Deutsches Wochenbl.“ mit Entschiedenheit die Erhöhung der Offiziersgehälter. Diese Forderung ist ein schwerer, wieder ausgleichender Mißgriff, da er die Weisheit erweckt, daß die Militärverwaltung sich nicht auf das Nothwendigste beschränke: „Gerade von diesem Gesichtspunkte aus“ so fährt Dr. Arendt fort, erweist sich dieser Vorschlag als ein politischer Fehler. Wenn jetzt der Reichstag militärische Forderungen ablehnen würde, und eine Auslösung erfolgt, so fürchten wir, daß gerade umgekehrt wie 1887 eine gewaltige Strömung gegen den Militarismus die Opposition veranlaßt zu rückführt. Dann aber vergegenwärtige man sich die politische Gesamtlage. Die Regierung wird im Reichstag verurteilt, die Beamtengehälter zu erhöhen. Sie widerspricht, erklärt sich aber endlich bereit, in Preußen und im Reich gleichmäßig vorzugehen. In Preußen werden 18 Millionen Mark zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt, eine größere Summe ist im Hinblick auf die Anordnungen des Reichs nicht anzubringen. Diese 18 Millionen Mark reichen nur zu einer Aufbesserung der Unterbeamten aus. Die Subalternbeamten können nicht mehr berücksichtigt werden und die oberen Beamten gehen so gut wie leer aus. In Anbetracht der Finanzlage müssen im Reichstag alle weitergehenden Wünsche unterdrückt werden, die Beamtenchaft im Lande trübt sich mit dem Bewußtsein, daß die Staatsfinanzen weitere Aufwendungen vorläufig noch nicht zulassen. Daß das Reich und Preußen bezüglich der Beamtenbesoldungen mit einander Schritt halten müssen, ist nicht im Zweifel gezogen. Es war also anzunehmen, daß hierüber ein Einvernehmen zwischen dem Reich und Preußen erzielt war und daß das Reich dieselben Beamtenklassen erhöhen würde, wie in Preußen gleichfalls beabsichtigt sind. Statt dessen geht das Reich nun weit über das Maß hinaus, das sich Preußen selbst hat. Wir beklagen es, daß die Regierung mit dieser Forderung für die Offiziere nicht nur politisch schweren Schaden angerichtet hat, indem sie den Freisinnigen und Sozialdemokraten ein ausgezeichnetes Agitationsmittel gab, sie hat auch die Interessen des Offizierstandes selbst nicht gefördert, sondern geschädigt. Es

unterliegt für uns keinem Zweifel, daß die Forderung der Regierung für die Offiziere im Reichstage mit erbitterter Mehrheit abgelehnt wird. Gerade weil dies vorauszusetzen, ist es schwer verständlich, warum die Regierung diese Forderung stellte. Es wird dadurch jede Neubewilligung für den Offizierstand auch in Zukunft erschwert.“

Die Vermuthung, daß die Absperrung der Grenze gegen die Schweine-Einfuhr einen gewaltigen Schmuggel zur Folge haben werde, weil er sich der Kontrolle entzieht, dem heimischen Viehstande gefährlicher ist als die kontrollirte Einfuhr, hat sich vollumfänglich bewahrheitet. Der Regierungspräsident Dr. v. Bitter in Oppeln sieht sich zur Unterdrückung des Schweineschmuggels veranlaßt, die für die Ortschaften Kreuzburg, Rosenberg, Lublinitz, Kattowitz und Ratibor bereits früher eingeführte Anlegung von Kontrollregistern, welche die Zahl der vorhandenen Schweine nach Alter und Geschlecht, sowie die Zugänge an solchen unter Angabe des Ursprungsortes und die Abgänge unter Bezeichnung des Ortes, wozu dieselben erfolgt sind, nebst den Daten der Veränderungen nachweisen müssen — auch auf eine Reihe von Ortschaften in den Kreisen Rybnit und Pless auszudehnen. Die Verordnung soll mit dem 20. Juni in Kraft treten. Ob sie in demselben Maße wirksam sein wird, als sie lästig ist, muß nach den bisherigen Erfahrungen bezweifelt werden.

21000 Verwundete, 1100 Tote, 500 Krüppel. Wo fand diese Schlacht statt? Wir leben ja, geschätzt von Millionen Soldaten, im tiefsten Frieden! Das schweizerische Statistische Bureau ist es, welches diese aufreizende Nachricht verbreitet, denn es schreibt, daß vom 1. April 1888 bis 31. März 1889 im Ganzen 21121 Unfälle amtlich zur Anzeige gelangt sind, welche Personen im Alter von mehr als 14 Jahren betrafen und den Tod oder eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als sechs Tagen herbeiführten. Von diesen 21121 Unfällen sind 1089 solche mit tödtlichem Ausgang; 511 Unfälle hatten bleibende Erwerbsunfähigkeit und 19521 bloß vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Die Zahl der zur Kenntnis des Bureau's gelangten Unfälle ist ohne Zweifel beträchtlich hinter der Zahl der wirklich vorgekommenen zurückgeblieben. Das sind die Toten und Verwundeten auf dem Schlachtfelde der Industrie!

Ein Mordprozess ist in Sicht. Seitens des Ersten Staatsanwalts in Altona ist gegen Paul Weinheber, Buchdrucker in Bernhard Berard zu Hamburg und 49 Genossen, theilweise in Hamburg, theilweise in Altona und anderen schleswig-holsteinischen Orten wohnhaft, Anklage erhoben worden. Dieselbe bezieht sich auf ein am 9. Februar d. J. verbreitetes Wahlschlugblatt und gründet sich auf §§ 181, 41, 47 und 78 des Strafgesetzbuches, §§ 20 und 21 des Preßgesetzes und § 28 und den Schlussatz des Sozialistengesetzes.

Der Chirurgie-Professor Dr. Bruns in Tübingen setzt zum Troste aller derjenigen, welche die Aussicht haben, im nächsten Kriege todt oder zu Krüppeln geschossen zu werden, in einer jeden erschienenen Schrift über die „Geschloßwirkung der neuen Kleinkalibergewehre“ auseinander, daß die Einführung dieser Gewehre recht hübsch zu den „humanitären Bestrebungen“ der Gegenwart passe und gelangt am Schlusse zu folgender Prophezeiung: „Die künftigen Kriege werden vielleicht (!) in derselben Zeit zahlreichere, aber jedenfalls viel häufiger reine glatte Schusswunden bringen mit geringerer Weite des Schusskanals; der Heilungsverlauf wird sich günstiger gestalten, Verblutungen und Verkrüppelung wird häufiger vermieden werden. Das neue Kleinkalibergewehr ist nicht bloß die beste, sondern auch die humanste Waffe, um die Schreden des Krieges zu mildern.“ — Na, das muß ja ein wahrer Genuss sein, meint das „Vaterland“, von einem so kleinen, netten Kügelchen ein „reines“ und „glattes“ Loch in den Leib zu kriegen!

Ueber die Gesundheitsverhältnisse auf Kaiser-Wilhelmsland veröffentlicht das neueste Heft der „Nachrichten über Kaiser-Wilhelmsland und den Bismarck-Archipel“ interessante Zusammenstellungen. Am umfangreichsten sind die Nachrichten über den Gesundheitszustand der Beamten und Arbeiter in der Hauptstation Finschhafen für das Jahr 1888. Im Durchschnitt waren 54 Angestellte der Kompanie in Finschhafen anwesend. Vom 1. Januar bis 31. März 1889 befiel das Malaria- oder Klimafieber 98 weiße Patienten und erforderte 569 Behandlungstage. Auf den Monat kamen im Durchschnitt 81 Malaria-Patienten mit 189 Krankentagen. Zweimal innerhalb eines Monats erkrankten im Laufe der Berichtzeit 27 Personen, dreimal 7 Personen. Der Prozentsatz der Malaria-Krankentage unter den Angestellten der Kompanie schwankte im Laufe der 3 Monate zwischen 5,5 Prozent (Anfang Januar) und 15,7 (Mitte Januar); der Durchschnitt beträgt 11,6 Prozent. In dem halben Jahre vom 1. April bis 30. September wurden 117 Weiße mit 444 Tagen an Klimafieber behandelt. Bedeutendes Anwachsen der Fieberkurve fällt auf gegen Ende Mai, Ende Juni, Ende August und Ende September; demnach tritt mit einer gewissen Regelmäßigkeit ein Steigen des Fiebers am Ende des Monats ein. Nur der Monat Juni macht eine Ausnahme; hier bleibt die Höhe gegen Ende des Monats ziemlich gleich. In diese Zeit fällt eine Dysenterie-Periode: an 7 Tagen kamen in derselben verdächtige Stühle zur Behandlung, an 3 Tagen traten Dysenteriefälle auf. Im Monat Juni tritt demnach die Dysenterie vorwiegend für Malaria ein. Die Steigerung des Fiebers am Ende jeden Monats fällt mit der Zeit des Neumonds zusammen. Auffallend ist ferner, daß die Gipfel der Fieberperioden mit stärkeren Regenperioden zusammenfallen; so Ende Mai, Ende Juni, Ende August. In dem Vierteljahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1888 kamen von weißen Angestellten der Kompanie im Durchschnitt auf den Monat 17 Fieberkranken mit 88 Krankentagen. Der Prozentsatz der Erkrankungen schwankt zwischen 12,4 und 25 pSt. und beträgt durchschnittlich 6,5 pSt. Während des abgelaufenen Jahres schwankten die Zahlen zwischen 4,0 pSt. (Anfang September) und 29 pSt. (Anfang April). In einem Fall war die Häufigkeit der Malaria-Erkrankungen, die an sich keine schweren Symptome zeigten, derart, daß eine Verletzung angezeigt schien. Zu erwähnen ist noch, daß die erste Erkrankung der Neugekommenen sich häufig durch einen ziemlich schweren, ungewöhnlich lang anhaltenden Anfall und langsame Erholung gegenüber späteren Erkrankungen auszeichnet.

Arnberg, 7. Juni. Vor der hiesigen Strafkammer wurde heute verhandelt gegen den Redakteur der Tremonia, Herrn H. Amvedder, wegen eines Artikels der Nr. 119 der Tremonia vom vorigen Jahre, welcher unter der Ueberschrift „Krieg bis auf's Messer“ die bekannte Rede des Streikführers Weber-Buchum in abfälliger Weise behandelte. Dieser Artikel war, wie wir der Tremonia entnehmen, seiner Zeit mit vier anderen Artikeln der Tremonia aus der Zeit des vorjährigen Bergarbeiterstreiks unter Anklage gestellt auf Grund des § 380 Nr. 11 des St.-G.-B. (grober Unfug). Das Dortmunder Schöffengericht erkannte am 17. Juli v. J. auf 100 M. Geldstrafe wegen zweier Artikel, wogegen bei 3 Artikeln Freisprechung erfolgte. Die Dortmunder Berufungskammer sprach wegen der 2 von Schöffengericht verurtheilten Artikel die Freisprechung aus, erkannte aber wegen des in erster Instanz freigesprochenen Artikels „Krieg bis auf's Messer“ auf 100 M. Geldstrafe. Das Oberlandesgericht in Hamm erachtete dieses Urtheil als subjektiv und objektiv unbegründet und verwies die Sache nach Arnberg, wo sie denn heute endlich ihre Erledigung fand und zwar mit der vollständigen Freisprechung auch des letzten der sogenannten Streikartikel. Die Akten dieser Prozesse sind überaus lehrreich. Welche Summe von Veräufungen für den Angeklagten und die Gerichte, welche Kosten haben sie verursacht, und nun dieses Ende! Von der Berufungskammer in Dortmund wurde in dem Artikel „Krieg bis auf's Messer“ hauptsächlich darin der Inhalt des großen Unfugs erörtert, daß die aufregende Ueberschrift in fetter Schrift gesetzt war, daß der erste Theil des Artikels das Publikum angeblich aufregte, während der zweite Theil, welcher die Rede Weber's als unmoralisch behandelte, von dem flüchtigen Leser nicht genügend beachtet werde. In der heutigen Verhandlung erklärte der Staatsanwalt, er wolle nach der Schlage dem Gerichtshof die Entscheidung anheimgeben, eventuell beantrage er eine Geldstrafe von 50 M. da der

Angeschlagte mitten im Streikrevier wohnend, die Aufregung der Gemüther in damaliger Zeit gefasst habe, und durch die Veröffentlichung eines solchen Artikels das Publikum nicht habe noch mehr beunruhigen dürfen. Der Angeklagte beirrit die Verurteilung der Anklage; der Artikel sei ein wahrheitsgetreues Referat über die Bochumer Delegirtenversammlung und habe nach keiner Seite hin beunruhigend gewirkt. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts sei der sogenannte grobe Unfugparagraf in Bezug auf die Presse nur dann anwendbar, sofern es sich um erfindene Nachrichten sensationellen Gepräges handle, die geeignet seien, Tumult und Verärgerung im Publikum hervorzurufen. Er beantrage seine vollständige Freisprechung. Nach etwa einhalbstündiger Verathung verhandelte der Vorsitzende des Gerichtshofes, dem Antrage des Angeklagten entsprechend, die Freisprechung. Die Kosten des Verfahrens seien der Staatskasse auferlegt, auch die der Revisionsinstanz. Für die Entscheidung des Gerichtshofes seien die aufgestellten Grundsätze des Oberlandesgerichts maßgebend gewesen. Der Gerichtshof habe nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß die in dem Artikel gemachten Angaben (triviel erfunden oder unrichtig seien, und subjektiv der Angeklagte sich der Unwahrheit der gemachten Mittheilungen bewußt gewesen. — Damit ist die Sache abgethan.

Großbritannien.

London, 10. Juni. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses informirte der Sprecher der Abgeordneten John Morley, daß sein den Weg zur Einzelberathung der irischen Güterankaufsvorlage verwerrendes Amendement unregelmäßig sei, weil es den Ausschuss des Hauses ermächtigt, eine Frage zu erörtern, welche im Laufe der Einzelberathung erörtert werden könnte. Das Amendement wäre demnach überflüssig. Morley's Antrag ging nämlich dahin, der Ausschuss des Hauses möge Vorsorge treffen für die Bildung gewählter Beiräthe in jeder Grafschaft Irlands, denen in allen Transaktionen, betreffend die Uebertragung von Land in Gemäßheit der Güterankaufsvorlage ein Veto zustehen solle. Dem Eintritt in die Einzelberathung der irischen Güterankaufsvorlage stehen nunmehr keine Hindernisse entgegen, aber die Regierung will, wie der erste Lord des Schatzkammern, Smith, erklärte, erst die Einzelberathung der Schatzsteuervorlage erledigen. Demnach beantragte Dillon die Vertagung des Hauses, um, wie er sagte, gegen das gewaltthätige und verfassungswidrige Verhalten der Polizei anlässlich der Unterdrückung der jüngst dem Verbot der Behörden zum Trost abgehaltenen Volksversammlungen in Tipperary und Cashel zu protestiren. Der Antragsteller schilderte die Vorgänge bei diesen Versammlungen, wobei er bemerkte, daß die unter die Polizei geworfenen „Bomben“, von denen die „Times“ in ihrem Berichte sprach, weiter nichts als kleine, unschuldige Kasetten waren, die von einigen muthwilligen Buben auf die Polizei geschleudert wurden und nicht den mindesten Schaden anrichteten. Der Obersekretär für Irland, Balfour, vertheidigte das Verhalten der Polizei in einer von Dillon und anderen irischen Abgeordneten häufig unterbrochenen Rede. Die Polizei hätte von ihren Knäueln erst Gebrauch gemacht, nachdem sie vom Volke gereizt und angegriffen worden. Die irischen Abgeordneten, und nicht die Behörden, wären für die Unruhestörungen, welche sich bei der Gelegenheit ereigneten, verantwortlich. Gladstone verlangte eine parlamentarische Untersuchung der von Dillon erhobenen ersten Anklagen. Nachdem sich noch William O'Brien (in einer sehr heftigen Rede), der Generalanwalt für Irland und Barnell an der ziemlich langen und erregten Debatte betheiligt, wurde schließlich Dillons Antrag auf Vertagung des Hauses mit 251 gegen 220 Stimmen verworfen. Hierauf trat das Haus in die Einzelberathung der irischen Güterankaufsvorlage, die indes unverzüglich bis nächsten Montag vertagt wurde.

Belgien.

In Belgien ist es bei beiden herrschenden Parteien Brauch, alle frei werdenden richterlichen Stellen unter ausschließlicher Berücksichtigung der politischen Gesinnung der Berechtigten zu besetzen. Eine liberale Regierung ernannt liberale, eine katholische Regierung kirchliche Richter. So ergibt heute eine Statistik die erbauliche Thatsache, daß das jährige Ministerium Bernaert in den beiden „frommen“ flandrischen Provinzen seit 1885 die 225 freigewordenen Richterstellen an 201 Kirchliche und 24 Liberale vertheilt hat und daß in allen flandrischen Gerichtshöfen die Kirchlichen die Mehrheit bilden. Das wird natürlich seitens der Liberalen, sobald sie zur Macht kommen, gründlich umgekehrt werden. Und da wundert man sich noch, daß die Achtung vor der Unparteilichkeit der Justiz im Lande Schiffbruch leidet!

Amerika.

In Neufundland scheinen sich die Zustände ernster zu gestalten. Allen zwischen kanadischen Häfen und Neufundland verkehrenden Dampfern wurde bekannt gegeben, daß sie außer Stande sein werden, Güter in neufundländischen Häfen zu landen, weil die Bevölkerung dieser Provinzen sich weigert, Felle zu zahlen, infolge der Weigerung Großbritanniens, französische Fischer aus neufundländischen Gewässern auszuschließen. Der Dandel ist mithin gelähmt und Schiffe kehren nach Kanada zurück, da sie ihre Ladung nicht zu löschen vermöchten.

Arbeiterbewegung.

Auch die Gemeinde Offheim bei Worms hat ihren Kinderstreik gehabt. In Rheinhessen wird ebenso wie in der Magdeburger Börde die Zuckerrübe kultivirt. Zum Pflanzen der Rübe verwendet man in der Regel Schulkinder von 11 bis 14 Jahren. Der Arbeitslohn der Kinder wurde seither mit 60 Pfennigen per Tag berechnet, wozu noch ein Frühstück um 10 Uhr Vormittags und ein Bisperebrot um 4 Uhr Nachmittags verabreicht wurden. Den Kleinen erschien der Lohn zu niedrig, weshalb sie die Arbeit einstellten. Der Dringlichkeit wegen sahen sich die Grundbesitzer gezwungen, den Lohn an diese zu bewilligen, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Auf der Präfektur in Etienne fand in Gegenwart des Präfekten eine Zusammenkunft zwischen den Direktoren der Kohlengruben und Delegirten der Arbeiter statt. Die Ausständigen saßen ihre Wünsche in folgende 7 Punkte zusammen: 1. Achtstundentag; 2. Lohn von 6 bis 8 Franken täglich; 3. Verwaltung einer Hilfskasse durch ein Komitee, dessen Glieder zu zwei Dritteln von den Arbeitern gewählt werden; 4. tägliche Geldentschädigung an Verwundete und Kranke; 5. kostenfreie Bewilligung von Arzneien; 6. freie Heizung; 7. keine Entlassung im Fall von Arbeitslosigkeit. Die Direktoren erwiderten hierauf, daß sie es vorzögen, lieber auf den Betrieb zu verzichten, als derartige Bedingungen anzunehmen.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Cassette beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.
Arndt, Adersb. 1000 Millionen.
G. M. Herr Rechtsanwalt Stadthagen wohnt Landbergerstraße 62.
Fieder, Fischerhof. 1874 1 Million, jetzt 1 1/2 Millionen.
A. D. 1850. Zur männlichen Auskunst sind wir bereit.
H. S. 35. Diese Strafe ist zulässig.
2. Witten. Rein.
H. 1. Ja. 2. Ja.
Jahn, Weisenfer. Das XV.
S. C. Ferlohn. Ihre Karte ist unserem Rechtsanwalt übergeben worden, der sich, wenn er sich der Sache annehmen will, mit Ihnen in Verbindung setzen wird.

Theater.
 Freitag, den 13. Juni.
Opernhaus. Orpheus und Eurydike.
Schauspielhaus. Die Luigow's.
Lesing-Theater. Der Fall Clemeuceau.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Der arme Jonathan.
Walker-Theater. Mamsell Ni-touche.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Berliner Theater. Doktor Wespe.
Deutsches Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Ostend-Theater. Marie, die Tochter des Regiments.
Sallealliance-Theater. Der Nautilus.
Broll's Theater. Das Nachtlager von Granada.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.
 Direktion: C. Andree, Alexanderstraße 27c.
 Auftreten d. Siedersängerin Fräulein Stoinow.
 Auftreten des Gesangshumoristen Herrn Jonas.
 Auftreten des Komikers, Mimikers und Stimmen-Imitators Herrn Gödicke.
 Auftreten der Geschwister Horzog.
 Auftreten des musikalischen Neger-Mohnen Mr. de Dolis.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.
 Täglich:
Grosses Garten-Concert.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Wochentags 10 Pfg.
Entrée Sonn- und Festtags 25 Pfg.
 Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.
 Großer Frühstück- und Mittagstisch.
 Spezial-Küchen von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pfg.
 Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
 F. Müller.

Vassage I. Er. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.
Kaiser-Panorama.
 Hervorragend Sehenswürdig. d. Residenz.
 In dieser Woche:
 Zum ersten Male: Vierte Reise durch die Pyrenäen.
 Neu! Zum ersten Male:
 Hochinteressant: Siam.
 Eine Reise 20 Pfg., Kind nur 10 Pfg.
 Monnment 1 M.

Empfehle allen Genossen meine
Glaserei, Spiegel- und Bilder-einrahmung.
 Verkauf von Bildern bewährter Volksmänner. Besonders empfehlenswerth Sinnprüche. Neu: Nebel u. Liebtnecht, Pendant 37-51 cm hoch. Bestellungen nach auswärts brieflich.
 1050
Karl Scholz,
 Brangelstraße 32, Eingang vom Flur.

Polstermöbel,
 einfach und elegant, hält vorräthig und liefert nach Bestellung solid und billig
C. Wildberger,
 Tapezirer und Decorateur, 1702
 60, Kommandanten-Strasse 60.
 Aufpolstern von Sophas und Matratzen wird prompt und billigt besorgt.

Artistisch-Photographisches Atelier von Carl Graefe,
 Prinzenstr. 11,
 empfiehlt sich Vereinen u. Privaten zur Aufnahme von Gruppen u. Portraits. Bei Landpartien bitte Bestellung durch Postkarte.
 1716

Sophabezüge!
 Reste v. 3/4-5 Meter spottbillig.
 Emil Lefevre, Oranienstr. 158.
 Proben franko!
 1806

Kohltabak A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich Grösste Auswahl.
Garantirt sicher brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Kohltabake sind am 1853 Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Hadeschen Markt.
 Empfehle mein Bierlokal sowie Arbeiter-Beseggen; sämtliche Gewerkschafts-Organen liegen aus.
Emil Böhl,
 654 Frankfurt Allee 74.

Verein d. Klempner Berlins u. Umgeg.
 Sonnabend, den 14. Juni 1890,
Grosses Sommer-Fest
 in der „Neuen Welt“, Hasenhaide.
 Konzert und Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
 Billets à 25 Pfg. sind bei folgenden Mitgliedern zu haben: A. Bischof, Königstr. 43; Schwengler, Mulackstr. 11; Glesow, Roffenerstr. 35; Grabowaky, Seidelstr. 18; Schiessor, Koblanstr. 11; Fröhner, Spandauerstrasse 42; Klobe, Landsberger Allee 186; Brodel, Reinickendorferstrasse 18b; Selchow, Schleiermacherstr. 10. Die Kaffeeküche ist von 4 Uhr an geöffnet. Nach dem Konzert Verandring. Nachzahlung 50 Pf. für Herren. Der Ueberfluss wird verwendet zur Gründung eines Unterstützungsfonds f. hilfsbedürftige Mitglieder und bitten Freunde und Genossen, uns in diesem Unternehmen zu unterstützen.
 NB. In der Zigarren-Handlung gegenüber der „Neuen Welt“ sind ebenfalls Billets zu haben.
 1890] **Das Komitee.**

Fachverein der Tischler.
 Heute, Freitag, den 13. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28:
Vorstands-Sitzung.
 Montag, den 16. Juni,
 in der **Neuen Welt, Hasenhaide 36c:**
X. Stiftungsfest,
 Konzert, Ball, Auftreten des gesammten Künstlerpersonals.
 Abends grosses Feuerwerk.
 Das Konzert beginnt um 3 Uhr Nachmittags.
 Die Kaffeeküche ist von 4 Uhr ab geöffnet.
 Billets hierzu sind auf den Jahrestellen des Vereins, sowie bei folgenden Herren zu haben: Fest, Stallschreiberstr. 43a; Millarg, Lehrterstr. 22 II; Apelt, Sebastianstr. 27/28; Mendo, Wienerstr. 37 II; Schmidt, Fürbringerstr. 25, Hof I, bei Wiedeholz; Schade, Müdersdorferstr. 64; Glocke, Laufyerstr. 52 III; Wiedemann, Wendenstr. 2, IV; Dahlgrün, Adalbertstr. 96, Quergeb. IV, bei Bomba; Haberland, Reichbergerstr. 161 II; Mieke, Adalbertstr. 9 IV; Monien, Kreuzbergstr. 9, Quergeb. III.
 Die Jahrestellen befinden sich in folgenden Lokalen: 1. Friedrichsbergerstr. 25 bei Schmidt, 2. Skallitzerstr. 107 bei Kunstmann, 3. Belloallianceplatz 6 bei Hilscher, 4. Zionskirchplatz II bei Hohn, 5. Schleiermacher-u. Gneisenaustr.-Ecke bei Scheuer, 6. Bölowstr. 52 bei Böhlend, 7. Dresdenerstrasse 116, 8. Lübecker- und Thurmstr.-Ecke bei Jahnke, 9. Langestr. 70 bei Heindorf, 10. Rixdorf, Bergstr. 7 bei Duschek, 11. Fennstrasse 4a bei Krüger, 12. Görlitzer- u. Soranorstr.-Ecke, 13. Weissensee, Völker- u. Charlottenstr.-Ecke bei Klobe, 14. Belfortstrasse und Ecke Prenzlauer Allee, 15. Gottenbrunnen, Grünthalerstrasse 66 bei Preuss.
Der Vorstand.

Versammlung
 des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavier-Arbeiter und verwandten Berufsgenossen
 am Sonnabend, den 14. Juni 1890, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Hrn. Paul Litzin über: „Kapitalistenringe und Arbeiterorganisationen“. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. Hierzu sind die Kollegen von Mats & Co. eingeladen. 3. Vereinsangelegenheiten. Abänderung des Arbeits-nachweises. 4. Verschiedenes. Die sämmtigen Kollegen werden auf § 6 al. 1 aufmerksam gemacht.
 1851] **Der Einberufer.**

Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen.
 Sonnabend, den 14. Juni 1890, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Zentner, Münzstr. II:
Mitglieder-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Delegirten über den Metallarbeiter-Kongress zu Weimar.
 2. Diskussion.
 3. Die Aussperrung der Schlosser und Maschinenbauer Hamburgs.
 4. Ausgabe der Billets zu dem am 19. Juli cr. in Kaufmann's Variété stattfindenden VII. Stiftungsfestes.
 5. Verschiedenes.
 1850
 NB. Zu dieser Versammlung sind sämmtliche Kollegen unserer Branche eingeladen. Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Freie Vereinigung d. Maurer Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 15. Juni, Vormittags 10 1/2 Uhr:
2 Versammlungen.
 Die 1. bei Rennefarth, Dennewitzstr. 13;
 die 2. bei Jiges, Wilsnackerstrasse 63.
 Die Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gemacht.
 Den Moabitern Kollegen zur Mittheilung, daß das „Berl. Volksbl.“ bei Herrn Jiges ausliegt. — Mitglieder werden in diesen Versammlungen aufgenommen.
 1861] **Der Vorstand.**

Freie Vereinigung d. Bauarbeiter Berlins.
Mitglieder-Versammlung
 am Sonntag, den 15. Juni cr., Vormittags 11 Uhr,
 in „Scheffer's Salon“, Inselstraße Nr. 10.
 Tagesordnung:
 1. Wahl des gesammten Vorstandes und der Sachkommission.
 2. Vereinsangelegenheiten.
 Neue Mitglieder werden aufgenommen.
 Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder notwendig.
 1849] **Der Vorstand.**

Fachverein der Marmor- u. Granitarbeiter Berl. u. Umgegend.
 Sonntag, den 15. Juni, Vorm. 10 1/2 Uhr,
 in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstrasse 48a:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom Stiftungsfest. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.
 Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 1847] **Der Vorstand.**

H. Guttman, empfiehlt Vereinsstempel, Quittungsstempel, Medaillonstempel mit Passelle, Nebel, Liebknecht u. a. m. zu ermäßig. Preis. Monogramme, Schablonen, Zährschilder, Gravirung von Inschriften. Entwürfe gratis sofort
 9. Brunnenstraße 9,
 654

Volksfest. Weissensee. Volksfest.
 Montag, d. 16. Juni: **Gr. Volksfest.** Zum Wohlth. Zweck.
Gr. Festzug. Wilmann's Triumphzug nach der Unterwerfung Bana Heri's.
 1890] **Das Komitee.**

Große öffentliche Volksversammlung
 am Freitag, den 13. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Mundt's Salon, Köpnickstr. 100.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Streik der Hamburger Bauhandwerker u. die Koalition der Unternehmer. Referent: Reichstagsabgeordneter Förster.
 2. Diskussion.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Der Einberufer: H. Orland, Steglitzerstr. 58.

Complet in 15 Lieferungen à 20 Pf.
 Wiederverkäufern Rabatt.

 Die Entwicklung von Kimmel und Getreide
 von Rudolf Müller
 4 P. m. 20 Pf. 1890

Das 1. Heft der zweiten Auflage ist soeben erschienen und durch unsere Expedition, Beuthstr. 3, zu beziehen.

Achtung!
 Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß das
Kränzchen
 des „Rauchklub Angra Pequena“ am Sonnabend, den 14. Juni 1890, im Salon des Herrn Fenske, Landsbergerstraße 37, Abends 8 Uhr, stattfindet.
 Alle Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Tischler-Verein.
 Sonnabend, 14. Juni, Abends 9 Uhr,
 Rottbuscherstraße 4a:
Ausserordentliche Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 Nähere Beschließung über die am 20. Juli nach Hankel's Ablage stattfindende Bahnpartie.
 Nur Mitglieder haben Zutritt. — Das Quittungsbuch legitimirt.
 1846] **Der Vorstand.**

Allgemeiner Deutscher Sattlerverein.
 (Mitgliedschaft Berlin).
 Sonnabend, den 14. d. Mds. 9 1/2 Uhr,
 in Royer's Salon, Alte Jakobstraße 63:
Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Besprechung über die am 22. Juni stattfindende Landpartie nach Wannsee (Café Aisen). Ausgabe der Programme.
 2. Verschiedenes und Fragekasten.
 1855] **Der Vorstand.**

Große öffentl. Versammlung der Kupferschmiede Berlins
 am Sonnabend, 14. Juni, Abds. 6 Uhr,
 bei Feind, Weinstraße 11.
 1848] **Das Streik-Comité.**
 Freunden u. Genossen empfehle mein Kartoffel- und Herings-Geschäft.
Otto Sock, Rathenowerstr. 44.

Soeben erschienen:
Berliner Arbeiter-Bibliothek.
 Herausgegeben von Max Schippel.
 Serie II. Heft 2:
Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland.
 Von **Gerhard Krause.**
 Preis broschirt 15 Pf.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
 Zu beziehen durch unsere Expedition, Beuthstraße 3.

Unserm lieben Vater und Schwieger-vater, dem Arbeiter Herrn **Chr. Suckert,** zu seinem diesjährigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Lebehoch, damit das ganze Winger'sche Haus machet. Na, Väterchen, sei man gemüthlich und laß' man wat los.
 1853
 Statt besonderer Meldung zur Nachricht, daß mein Sohn, der Metallschleifer **Hugo Hildebrandt,** der so plötzlich gewaltfam aus dem Leben abgerufen wurde, heute Freitag, Nachmittags um 4 Uhr, von der Leichenhalle der St. Andreaskirche in Wilhelmshagen, zur letzten Ruhe bestattet wird.
 Berlin, den 13. Juni 1890.
Ad. Hildebrandt.

Ich habe mich hier als praktischer Arzt und Frauenarzt niedergelassen und wohne **Hurfürstenstraße 1, Ecke der Dennewitzstraße.**
Dr. med. Albert Lewy.
 Sprechstunden: Vorm. 8 bis 10 Uhr, Nachm. 4 bis 5 Uhr. — Unentgeltliche Sprechstunde für arme Kranke Frauen Nachm. 5-6 Uhr.
 1845.

Allen Freunden und Genossen empfehle ich mein
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.
Gustav Kunze,
 19 Kürassierstrasse 19.
 Allen Freunden und Genossen empfehle ich mein
Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal.
Hermann Klitzke,
 Weinmeisterstr. 6.
 1829

Aufruf an Sänger!
 Ein alter kleinerer Gesang-Verein (sich. Div.) sucht behufs Vergrößerung noch Mitglieder. Lenöre erwünscht. Adressen unter A. B. 100 Postamt 16.

Achtung für Töpfer!
 Ein hiesiger Töpfermeister will sein Geschäft, mit bedeutender Kundschaf, billig abtreten wegen Zurückziehung. Erkundigung bei **Gustav Kanow, Stall-schreiberstr. 10.**
 1857
Cigarren und Tabake
 von **August Hintze, Pankestraße 14a.**
 Dippentabal Pfd. 30 Pf.
 1709

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 28, Hof parterre.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.
 Das gr. Lager Berlins
Kinderwagen. Andreasstr. 23.
 Freundl. Schlußstelle für einen Herrn ist sofort zu vermieten (monatl. 7 M.) bei Herrn Krieg, Weidenburgerstr. 39, am Dörthelplatz.
 1854
 Tüchtige Gesellen auf bessere Kastenarbeit verl. Ruppinerstr. 3a.
 1859

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 134.

Freitag, den 13. Juni 1890.

7. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom 12. Juni, 1 1/2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Boetticher, v. Marschall.

Die Verathung über den vom Abg. Brömel eingebrachten Gesetzentwurf, betr. die schließliche Entscheidung von Rechtsfragen in Zollsachen auf dem Rechtswege oder im verwaltungsgerichtlichen Verfahren wird fortgesetzt.

Abg. Goldschmidt: Ich kann Ihnen auch nur die Annahme des Antrages Brömel empfehlen. Bereits in früheren Jahren ist über die unerschöpfliche Verfolgung der Jagdbodenweide Klage geführt worden und trotz der freundlichen Antworten des Schatzministers ist bis jetzt von Seiten der verbündeten Regierungen keine Entscheidung getroffen. Die betr. Petitionen aus Westdeutschland und Berlin sind auf einstimmigen Beschluß des Hauses den Regierungen zur Verächthigung überwiesen worden. Die Petenten wünschten nur, daß die Jagdbodenweide gleich behandelt werden sollten mit den Jagdböden nach den Absichten des Gesetzes. Vor 1 1/2 Jahren hat das Haus einen Beschluß gefaßt und noch heute ist keine Entscheidung getroffen. Ich muß annehmen, daß der Bundesrath so außerordentlich viel mit den großen politischen Aufgaben zu thun hat, daß es ihm unmöglich ist, sich mit diesen Dingen zu befassen. (Der Präsident bittet den Redner auf einzelne Fälle nicht einzugehen, um die Debatte nicht zu verlängern.) Diese Fälle und ein anderer Fall, der mir heute mitgetheilt worden ist, zeigen eben, daß eine schnellere Erledigung der Zollstreitsachen, als dies jetzt geschieht, erwünscht ist. Zu den Schäden, welche der Importeur erleidet, kommt noch hinzu, daß es eine Ewigkeit dauert, ehe seine Bittenswege durch den Reichstag erledigt wird, dauert es auch mindestens 1 1/2 Jahre. Wir haben deshalb allen Grund, den Bundesrath zu bitten, diese Entscheidungen über Zwistigkeiten in Zollangelegenheiten anderen Behörden zu übertragen.

Abg. Hammacher: Auch nach der Ueberzeugung meiner Freunde liegt ein dringendes Bedürfnis vor, den Antrag Broemel anzunehmen. Die nationalliberale Partei hat früher weitergehenden Anträgen, als der vorliegende ist, ihre Zustimmung gegeben. Auch die Erfahrungen der letzten Jahre unterstützen den vorliegenden Antrag durchaus. (Sehr richtig! links.) Wir müssen hier darüber Bescheid wissen, daß viele Fälle zum Himmel schreiende Beschwerden über die Art der Zollhebung, die hier als berechtigt anerkannt worden sind, bis jetzt noch zu keinem Resultat geführt haben. (Sehr wahr! links.) Nur mit Rücksicht auf den Wunsch des Präsidenten, die Debatte durch Darlegung einzelner Fälle nicht in die Länge zu ziehen, verzichte ich darauf, die Sache weiter zu führen. (Beifall links.)

Abg. Hintelen (3.): Ich kann mich diesen Ausführungen als vollkommen ungenügend erwiesen. Wir ist aus eigener Praxis ein Fall bekannt, in dem der Vater statt des Sohnes, der die Firma führte, für den Zoll in Anspruch genommen wurde.

Abg. Schumacher (Soz.): unterliegt den Antrag durch eine Erfahrung, die er als Verhandler in Solingen gemacht hat. Wallrothleder, das zur Polirung von Messerwaaren gebraucht wird, muß aus England importirt werden, weil das in Deutschland geerbte nicht zu brauchen ist, und zahlt einen Zoll von 18 M. pro 100 Kilogramm. Wöchentlich wurden 98 M., der Zoll für das Sohlleder aufgelegt, und auf eine Beschwerde hat die Zollbehörde in Berlin geantwortet, sie sei von Köln aus angewiesen worden, den doppelten Zoll, wie für Sohlleder, zu erheben, weil angenommen wurde, daß aus dem Wallrothleder minderwertiges Sohlleder hergestellt werde. Obwohl die Rummöglichkeit dieser Verwendung aus dem Umfange nachgewiesen wurde, daß das englische Wallrothleder 100, 125, ja 150 pCt. theurer ist als das beste Sohlleder, hatte es doch bei dem höheren Zollsatz sein Bewenden.

In seinem Schlußwort kommt der Abg. Broemel auf den gestrigen Einwand des Abg. Kurz gegen den Antrag zurück, daß Verwaltungsgerichte nicht in allen deutschen Staaten bestehen. Es ist mir das, sagt der Redner, sehr wohl bekannt, aber mein Antrag läßt sowohl den Weg der ordentlichen Gerichte wie den der Verwaltungs- Gerichtsverfahren offen, und ich habe hervorgehoben, daß im allgemeinen der erstere Weg im Anschluß an den Vorgang bei dem Reichs-Stempelsteuer-Gesetz vorzuziehen ist. Wie dringlich diese Sache ist, ergibt sich schon daraus, daß die Dortmunder „Union“ schon seit Jahren wiederholt sich bei uns darüber beschwert hat, daß entgegen der Garantie des Gesetzes der Import von Kohlen aus dem Ausland verzollt worden ist und daß trotz unserer Empfehlung der Wunsch des Petenten bis jetzt unberücksichtigt geblieben ist. Es ist mir ganz unbegreiflich, und es entspricht durchaus nicht der Würde des Hauses, daß eine hier trotz der verschiedenen Zusammenfügung des Reichstages beinahe einstimmig als berechtigt anerkannte Beschwerde niemals Abstellung gefunden hat. Ich gehe noch weiter als der Abg. Hammacher, ich finde es im höchsten Grade bedauerlich, wenn bei Debatten über einen solchen Antrag, in welchem die Mehrheit des Hauses mit vollem Nachdruck einen Wunsch ausgesprochen hat, von Seiten der verbündeten Regierungen nicht die geringste Theilnahme gezeigt wird. (Zustimmung links.) Es wird dem Hause nichts anderes übrig bleiben, als wenigstens seine Pflicht zu thun dadurch, daß mein Antrag mit großer Mehrheit angenommen wird. (Beifall links.)

Der Antrag Broemel wird gegen die Stimmen der Deutsch-Konservativen und der Reichspartei angenommen. Hieraus wird die zweite Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für 1890/91 (Ostafrika) fortgesetzt.

Abg. Windthorst (Zent.): Es fehlt uns ein Zukunftsplan, aus dem ersichtlich wäre, ob und wie weit die in Afrika bestehenden Gesellschaften künftig die Kosten für die dortigen Unternehmungen tragen werden, ob die Gesellschaften überhaupt so lebensfähig sind, daß sie dazu im Stande sind. Ich stehe auf dem früheren Standpunkt des Fürsten Bismarck, daß wir für die übernommenen Hohenheit wohl Schutz gewähren müssen, aber die Kosten dafür keineswegs allein tragen. Ich würde deshalb die Zurückweisung der Vorlage an die Kommission beantragen haben, wenn der Herr Staatssekretär uns nicht für die nächste Session einen Plan zugesagt hätte, an den wir weitere Beschlüsse knüpfen können. Ich akzeptire diese Zusage juristisch scharf. Es handelt sich gegenwärtig nicht um ganz neue Bewilligungen, sondern um Abzahlung einer bereits kontrahirten Schuld. Die letzten Forderungen sind die Konsequenz früherer Beschlüsse, und deshalb können wir sie nicht wohl ablehnen. Erst wenn wir den Plan vor uns haben, können wir sehen, ob wir liquidiren müssen oder nicht. Wenn wir im Besitz der Rationen in Afrika oder nicht, wenn wir im Besitz der Rationen in Afrika oder nicht ausgeschlossen sein wollen, so dürfen wir das, was wir haben, nicht ohne Weiteres aufgeben. Wir müssen aber neben den materiellen Zwecken auch die idealen Ziele nicht vergessen und da haben wir doch schon etwas erreicht. Aber ich möchte

bitten, daß man seitens der Regierung den Missionären mehr entgegenkommt. Wenn man ihnen auch keine Hindernisse in den Weg legt, so ist doch bis zu ihrer Förderung noch ein weiter Schritt. Zu bedauern ist vor Allem, daß man den katholischen Missionären im Vaterlande keine Pflanzstätten erlaubt, wie man z. B. auch eine Niederlassung der Väter vom Heiligen Herzen in Münster nicht gestattet hat. Unsere Krieger in Afrika werden sich wundern, daß man die Männer, die ihnen in Afrika so treu zur Seite gestanden haben, im Vaterlande so engherzig behandelt. Möge sich der Herr Staatssekretär des Auswärtigen doch auch einmal in Preußen umsehen und solche Engherzigkeit entfernen. Wenn wir so große Pläne haben, dürfen wir nicht so kleine und vage Anschauungen zeigen. Der Dukt aus den alten Streitigkeiten muß verschwinden, wenn wir Kultur verbreiten wollen. Herr Bismarck, der sich auf der Rückreise befindet, wird meine Worte gewiß bestätigen. Selbstverständlich sollen auch die evangelischen Missionen gefördert werden, und wir wollen gern auch dazu unsere Hand bieten. Wir werden bei weiteren Schritten in der Richtung dieser Vorlage vorsichtig sein müssen. Deutschlands Stärke beruht im Landheer, und wenn die Gegenwart eine so starke Armee erfordert, so müssen wir die Ausgaben auf allen anderen Gebieten äußerst beschränken. Wir haben nicht das Material an Menschen und Geld, um uns Flotten wie England und Frankreich zu schaffen. Unsere Flotte ist gegründet zur Vertheidigung der Küsten, nicht zur Offensive und wir werden uns künftig überlegen müssen, ob wir nicht in der Vergangenheit mit Siebenmeilenschiffen so vorgegangen sind, wie wir es nicht auf die Dauer aushalten können. Die gegenwärtige Vorlage aber können wir, wie ich glaube, mit ruhigem Gewissen bewilligen. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Frege (Konf.): In den Verhandlungen der Kommission haben wir die Ueberzeugung gewonnen, daß die Regierung jede einzelne Forderung des Majors Bismarck genau prüft, und wir daher keinen Grund zu Misstrauen haben. Zudem soll uns ja auch ein festes Programm künftig vorgelegt werden. Ich freue mich, daß unsere Thätigkeit in Afrika sich bewährt hat und recht erhebliche Erfolge auf dem Gebiete der Zurückdrängung des Sklavenhandels und dem der Mission erreicht sind. Wir wollen in demselben Sinne weiter arbeiten und besonders einträchtig die evangelische Mission neben den katholischen Missionären pflegen. Der Aufwand ist in bewundernswerther Weise niederschlagen worden. Um so mehr wundert es mich, daß der Abg. Goldschmidt, der früher für die Kolonialvorlagen gestimmt hat, mit einem Male eine Frontveränderung vorgenommen hat. Sollte das etwa mit der erstehnten Einigkeit innerhalb der deutsch-freiwirtschaftlichen Fraktion zusammenhängen, und sollte etwa Herr Goldschmidt seine kolonialen Kenntnisse den Fraktionsinteressen untergeordnet haben? Wir können nicht mehr aus Ostafrika zurück, wir müssen uns an der Kultivirung Afrikas beteiligen. Soll denn etwa der Deutsche zu spät kommen, wenn der dunkle Erdtheil bereits unter den anderen Nationen getheilt ist? Afrika ist das einzige noch zu besetzende Land der Erde und wird in Zukunft für uns eine Quelle des Reichthums und von entscheidender Bedeutung sein. Der Deutsche hat schon in früheren Jahren eine bedeutende Befähigung für überseeische Unternehmungen entwickelt, und ich denke, daß die ostafrikanische Gesellschaft sich als ebenso leistungsfähig erweisen wird, wie die englische Gesellschaft. Noch darf man ja von Afrika keine Vortheile erwarten, sondern muß erst die künftige Entwicklung abwarten. Das englische Parlament steht hier ganz anders, und dort z. B. würde auch eine Neuerung wie die des Abg. Dohrn nicht verstanden werden, welcher die Regierung aufforderte, endlich mit weiteren Gebietserwerbungen aufzuhören. Die klimatischen Verhältnisse in Afrika sind durchaus günstig, wie uns Herr Major Liebert nachgewiesen hat. Für dessen Entscheidung können wir der Regierung nur dankbar sein. Allerdings dürfen wir uns nicht verhehlen, daß unsere koloniale Thätigkeit Geld kosten wird. Umso mehr ist es wunderbar, wenn in diesem Augenblick Angriffe auf die Getreidebörse gemacht werden, welche im Falle des Gelingens die Reichsfinanzen erheblich schädigen würden. Wollen die Herren von der linken Seite finanzielle Reformen, warum sorgen sie denn nicht für eine sachgemäße Einkommensteuer, wie wir sie z. B. in Sachsen haben? Wenn wir jetzt kolonialpolitische Aufgaben erfüllen können, so verdanken wir das der vom Fürsten Bismarck inauguirten Zoll- und Wirtschaftspolitik. Diese herbeigeführt zu haben, zählt mit zu den größten Verdiensten des großen Staatsmannes. (Lachen links.) Herr Bamberger bemängelte, daß Reporter nach Afrika nicht zugelassen würden. Da stimme ich mit ihm überein, ich wünschte alle unnützen Reporter nach Afrika oder dahin, wo der Pfeffer wächst. (Auf links: Das glaube ich!)

Abg. Dohrn (Kst.): Was das Klima in Ostafrika anlangt, so ist allerdings richtig, daß das gelbe Fieber dort nur ausnahmsweise vorkommt, aber desto häufiger sind die verschiedenen Arten des Sumpffiebers. Wenn ich gefragt habe, es komme nicht sowohl auf die Zahlen der Aus- und Einfuhr in Afrika an, sondern auf das, was dabei verdient wird, so dürfte doch das der Herr Vordredner nicht bemängeln, der ja auch stets auf den Verdienst der Landwirtschaft bedacht ist. Die Millionen des Urfenkapitals wird Herr von Frege durch keine noch so patriotischen Appelle zu kolonialen Unternehmungen locken, so lange kein Vertrauen zu denselben vorhanden ist. Sollte sich das ändern, sollten wirkliche wirtschaftliche Erfolge in Afrika erzielt werden, so werde ich der Erste sein, der patet peccavi sagt.

Abg. Dr. Hammacher (natl.): Wenn man auch mit Engländern redete, würde man nicht Kolonialfeinde zu Kolonialfreunden machen. Die Herren irren aber, wenn sie sagen, daß keine allgemeinen Sympathien für die Kolonialpolitik vorhanden seien. Die Unterstützung der deutschen Kolonialpolitik ist keine spezifisch nationalliberale Parteisache, nein, Mitglieder aller Parteien sind dafür eingetreten, und nur von Parteilichkeit beeinflusst haben viele sich der Kolonialpolitik feindselig gegenüber gestellt. Herrn Bamberger will ich allerdings von diesen letzteren ausnehmen; daß aber allgemeine große Sympathien für koloniale Unternehmungen herrschen, haben die Wahlen in Würzburg, in Bremen u. a. m. bewiesen. Wenn die Hansestädte früher sich den kolonialen Unternehmungen gegenüber tadeln verhielten, so lag das daran, daß man von der anenglischen Kolonialpolitik sich nichts versprach und lediglich von ganz unabhängigen Handelsgesellschaften wirkliche wirtschaftliche Vortheile erwartete. Diese Anschauung hat sich aber in günstiger Weise geändert, und heute steht man dort durchaus auf dem Standpunkt der Kolonialpolitik der Regierung. Welches Interesse das deutsche Volk für überseeische Unternehmungen hat, hat auch die Samoafrage gezeigt. Es besteht eben das Gefühl einer gewissen elementaren Stärke, das Bedürfnis einer gewissen Volkstheilnahme, das Bedürfnis einer gewissen Volkstheilnahme, zu deren Bethätigung es auch des Ausblicks und der Thätigkeit in überseeischen Ländern bedarf. Gerade die kapital- und wirtschaftlich kräftigen Elemente haben die Verpflichtung, ihre Hilfsmittel in den Dienst derjenigen Aufgaben zu stellen, die geeignet sind, den Staat zu kräftigen. Ich will nicht verkennen, daß die gewaltige Persönlichkeit des Fürsten Bismarck auf die Herzgabe von Geldmitteln seitens mancher Banken mit eingewirkt hat. Aber ich habe doch nicht eine so niedrige Meinung von den betreffenden Personen, um mit Herrn Bamberger die Geldzeichnungen

derselben lediglich aus servilen oder gar niedrigen Anschauungen herzuleiten. J. B. von dem verstorbenen Geheimen Kommerzienrath Adalbert Delbrück wird das kein ehrlicher Mann behaupten. Wie die Verhältnisse der Ostafrikanischen Gesellschaft liegen, weiß ich nicht; ich habe mit ihr nichts zu thun. Ich weiß aber, daß an den Opfern, die gebracht sind, um die großen wirtschaftlichen Aufgaben in Ostafrika zu lösen, sich Personen beteiligt haben, die durchaus vertrauenerweckend sind, und bei denen allerdings die von Herrn Bamberger verspottete Begeisterung vorhanden war. Ohne solche Begeisterung wäre aber überhaupt ein gemeinnütziges Unternehmen nie entstanden; auch die Eisenbahnbauten wären ohne eine solche Unterlieben. Man muß der ostafrikanischen Gesellschaft bei weitem zu viel zu, wenn man ihr nun alle Aufgaben in Ostafrika allein übertragen will. Es werden doch gerade zur Befestigung des Sklavenhandels große Anstrengungen gemacht, besondere Stationen angelegt, deren spätere Unterhaltung man doch unmöglich von der Gesellschaft verlangen darf. Auch bei den Engländern verlangt man nicht von den Privatden die Befreiung der Kosten für den Kolonialbesitz. Die englischen Kolonien, welche seit Einsetzen Deutschlands in die kolonialen Unternehmungen erworben sind, sind sämmtlich ebenfalls Kronkolonien, keine Charterkolonien. Freilich handelt es sich auch nicht um reine Durchführung der Kronkolonien, eben so wenig wie bei uns, und eine solche würde auch ich nicht wünschen. Die Erfahrungen müssen uns lehren, die zweckmäßigste Form zu finden. Ich besorge aber nicht, daß die ostafrikanische Gesellschaft in der im nächsten Jahre kommenden Vorlage zu einer Reichskolonie werde umgewandelt werden. Wohl aber glaube ich, daß die Gesellschaft zu den Kosten besonders für Bekämpfung des Sklavenhandels wird beitragen müssen. Ich hoffe dann wieder auf die Unterstützung des Centrums. Ich erkenne dankbar die Loyalität an, mit welcher Herr Windthorst in Konsequenz seiner früheren Beschlüsse für die heutige Vorlage eingetreten ist. Die Regierung wird hoffentlich seine Unterstützung auch weiter finden, wenn sie in vorrätiger aber entschiedener Weise die wirtschaftliche und kulturelle Mission Deutschlands in Afrika zu erfüllen beabsichtigt ist. Wir können mit unseren bisherigen Erfolgen zufrieden sein, und ich kann es nicht billigen, wenn Herr Dr. Bamberger geringschätzig von den Leistungen des Majors Bismarck im Gegenjah zu denen der Marine gesprochen hat. Flotte und Armee haben in gleicher Weise ihre Schuldigkeit gethan und wir können auf beide stolz sein.

Abg. Wigger (wldliberal): Ich werde für die Vorlage stimmen ohne mich aber dadurch für die Zukunft zu präjudizieren. Zwar kann ich an die in Aussicht gestellten Vortheile der afrikanischen Kolonialpolitik nicht recht glauben, halte aber die Ausführungen des Abg. Dr. Hammacher für durchschlagend. Wir sollten aber über den Kolonialplan nicht innere politische Aufgaben, namentlich auf sozial- und agrarpolitischen Gebiete vergessen.

Abg. Hanfmann (Volksp.): Ich muß den von Herrn Frege gegenüber den Gegnern der Vorlage angewandten Ausdruck „Mangel an Nationalbewußtsein“ entschieden zurückweisen. Ich verstehe nicht, wie man einem um das Reich so verdienten Mann wie Herrn Bamberger mit solchen Vorwürfen kommen kann, die wir ja freilich aus dem Arsenal des Kartells gewöhnt sind. Ich bestreite weiter Herrn Frege das richtige Urtheil darüber, wie in Württemberg die Kolonialpolitik aufgenommen wird. Seine Quelle dort ist ein Mann, der eine Pulverfabrik hat, und von dem ich daher auch verstehe, weshalb er so für ostafrikanische Unternehmungen eintritt. (Heiterkeit.) — Wenn wir in Gefahr schweben, von Amerika überflügelt zu werden, so liegt das nur in dem ungeunden Militarismus der europäischen Staaten, von dem Amerika frei ist, und wenn man weiter darauf hinweist, daß Amerika im Begriff ist, eine extreme Schutzollpolitik einzuführen, so kann ich nur bedauern, daß Deutschland ihm ein so schlechtes Beispiel dazu gegeben hat. (Sehr richtig! links.) Ich kann den Ausführungen des Herrn Frege nicht das zugestehen, was seine Freunde von der Rede des Herrn Bamberger anerkennen mußten, daß sie eine „geistreiche“ Unterhaltung gewesen. (Heiterkeit.) Herrn Windthorst erwidere ich, daß ich zwar auch die Verbreitung der abendländischen Kultur wünsche, daß ich auch Deutschland nicht ausgeschlossen wissen will von den Bestrebungen anderer Nationen zur Verbreitung der abendländischen Kultur, daß ich aber den gegenwärtigen Zeitpunkt für solche Aktionen für den richtigen halte. Die Regierung kann ja bei Abgrenzung der Interessensphären den Gesichtspunkt berücksichtigen, daß es nicht unbedingt notwendig ist, daß wir schon in dem gegenwärtigen Jahrzehnt die Aufgaben übernehmen, die außerordentliche Summen in Anspruch nehmen werden. Ich kann nicht planlos große Summen bewilligen, zumal der Hinweis auf die 200 000 M. für die Expedition ins Innere zeigt, daß die Regierung sich nicht auf die Küsten beschränken, sondern auf Gebiete übergehen will, die gebunnen so lang sind, wie unsere Nordseeküste. Demgegenüber können wir unsere Verantwortung dem Volke gegenüber nicht mit allgemeinen gemüthsvollen Ideen decken. — Die Verungung auf weite Kreise des Volkes sollte man lieber unterlassen. Auch bei dem Kulturkampf berief man sich auf das Gefühl großer Massen; das sollte gerade den Herren vom Centrum auch hier eine Warnung sein. Herr Windthorst wird in fünf Jahren vielleicht sagen, daß der Standpunkt unserer Partei konsequenter gewesen ist als der seinige. Wir werden dann aber sagen: tua culpa, tua culpa, tua maxima culpa! (Große Heiterkeit.)

Abg. Meyer-Halle (Dr.): Wir leben in einer Zeit, wo Jeder ein Volkswirth sein will, weil Jeder für sich einen Zoll, eine Zunft oder eine Kolonie haben will. Es gab eine Zeit, in der man die Volkswirtschaft für ein Arkana hielt, welches nur den Gelehrten zustände. Damals war man darüber einig, daß sich die Kolonialpolitik nicht für Deutschland eigne und auch ein Nationalökonom, wie Roscher, hat diese Meinung vertreten. Die private Thätigkeit hat die Hanseaten groß gemacht, sie schufen unsere deutsche Handelsflotte und brachten Wohlstand in die Heimath. Bei dieser Thätigkeit hätte man es belassen sollen. Das Großkapital, nicht die Regierung schafft große Unternehmungen wenn es glückt, dann heißt der Kapitalist Wohlthäter, wenn nicht, so spricht man vom Gründungsschwindel und unterfucht die Konfession. (Heiterkeit.) Ich will nicht, daß „elementare“ d. h. unverständige Kräfte, sondern sachverständige Männer sich mit derartigen Kolonialfragen befassen. Nicht allein mit Plünte und Bibel wird man Afrika der Kultur gewinnen. Der größte Kolonifaktor ist der Handel, ihm muß man die freie Bethätigung lassen und ihn nicht gewaltsam ablehnen, wie es jetzt geschieht.

Abg. Goldschmidt (Dr.): vermahnt sich gegen die Unterstellung, daß er sich bei seiner Stellungnahme von anderen als rein sachlichen Motiven leiten lasse; er müsse bei seiner gestrigen begründeten Stellung verharren.

In persönlicher Bemerkung wendet sich Abg. Bamberger gegen einige Bemerkungen des Abg. v. Frege, dessen Ausführungen er als eine antisemitische Hejrede bezeichnet.

Abg. v. Frege weist dies zurück. Er habe konfessionelle Gegenfähe nicht in die Debatte hineintragen wollen; von „christlichen“ Kaufleuten habe er gesprochen, weil ihm jüdische nicht bekannt seien. (Lachen links.)

Referent der Budgetkommission, Graf von Debr-Dehren-

hof, tritt in einem Schlussworte nochmals für die Annahme der Vorlage ein.

Der Nachtragsetat wird in allen Theilen bewilligt. (Gegen die Kolonialforderungen stimmen mit den Sozialdemokraten und Freiwillichen auch einige Zentrumsglieder.)

Die Beratung der Strafgesetznovelle und des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages verlag das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Schluß 6 Uhr.)

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission erklärte in ihrer gestrigen Sitzung die Wahlen der Abgeordneten Graf Dönhoff-Friederichstein (4. Königsberg), Freiherr von Lurche-Bornitz (3. Posen), Dr. Birnich (4. Köln), Haberland (4. Nieder-Bayern), Schmidt-Elberfeld (1. Düsseldorf), Reichsanwalt Hade (2. Hannover), Beckmann (3. Münster) für gültig. Zu einer lebhaften Debatte führte ein Fall, wo der Wahlvorstand einen Wähler, der nicht zum Wahlbezirk gehörte, aus dem Wahllokale auswies. Diese Entscheidung wurde in dem betreffenden Falle zwar von dem Wahlkommissar als unzutreffend gerügt, der Wahlvorstand blieb aber auf seiner Auffassung bestehen. In der Kommission fand die Auffassung, daß nur Wähler, welche dem Wahlkreise — nicht bloß Wahlbezirk — angehören, ein Recht haben, im Wahllokale anwesend zu sein, eine sehr lebhafte Vertretung. Demgegenüber wurde auf die Bestimmung des Wahlgesezes verwiesen, wo von einer Beschränkung der Deffenlichkeit nur auf Wähler keine Rede sei. Zu einer Abstimmung über diese Frage, welche für die Gültigkeit einzelner Wahlen von entscheidender Wichtigkeit sein wird, kam es für dieses Mal noch nicht. Nächste Sitzung der Kommission findet heute, Vormittags 10 Uhr, statt.

Das zweite Petitionsverzeichnis ist im Reichstage erschienen. Verschiedene Petenten beklagen die Einschränkung des Hausgewerbes, Aufhebung des Impfgesezes bez. Abschaffung des Impfpflichts, den Erlass einer Patent-Novelle, den Erlass eines Gesetzes zum Unterstufungswohnungs-Gesetz dahin, daß die Versorgung u. s. w. der beim Bau des Nordostsee-Kanals verarmenden Arbeiter vom Reiche übernommen werde, Sicherstellung des Koalitionsrechts der Arbeiter. Zur Vorlage, betreffend die Gewerbebetriebe, haben mehrere Handelskammern, der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamts-Bezirk Dortmund und der Zentralvorstand des bergischen Vereins für Gemeinwohl zu Elberfeld Abänderungsvorschläge eingekendet. Zum Arbeiterschutzgeseze sind sehr viele Petitionen eingegangen. Die Vertreter der Kaufmannschaft zu Magdeburg beantragen Neujahrsfest unter den Festen mit 4stündiger Ruhe zu freieren, Zulässigkeit der Inventararbeiten an Sonntagen, genaue Instruktion an die Aufsichtsbeamten bezüglich der Arbeitsräume, Verlängerung der Frist der ausnahmsweisen längeren Beschäftigung von Arbeiterinnen auf 50 Tage jährlich. Die Verbände der Glas- und Leinwand-Industriellen wünschen wie der Zentralverband deutscher Industrieller Aenderung bezüglich Auszahlung des Lohnes an Winderjährige, gegen die Neuerung der Winderjährigen über die Arbeitsordnung, bezüglich der Mittagspause der ein Hauswesen besorgenden Arbeiterinnen, betreffend die längere Beschäftigung von Arbeiterinnen an 60 Tagen jährlich, Kontraktbruch, Arbeitsordnung. Mehrere sozialdemokratische Versammlungen erklären sich für die Beschlässe des Pariser Arbeiterkongresses und Einführung des achtstündigen Arbeitstages. Eine Versammlung von Handlungsgehilfen und Gehilfen in Berlin bittet um Arbeitszeit im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen nicht länger als 5 Stunden, und zwar nicht vor 7 Uhr Morgens beginnend und nicht über 12 Uhr Mittags dauernd, sowie Festsetzung einer vierwöchentlichen Kündigungsfrist und 14tägigen Gehaltszahlung. Der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Köln ersucht zu bestimmen, daß im Handelsgewerbe die Arbeit während des Sonntags ruhe oder die 5 Stunden Arbeitszeit hintereinander zu leisten seien, daß die Vorschriften über die Ausbildung der Lehrlinge und Einstellung der Arbeitszeit für die jugendlichen und weiblichen Personen auf Lehrlinge und Gehilfen im Handelsgewerbe ausgedehnt werden. Der Buchhandlungs-Gehilfensverband zu Leipzig bittet um vollständige Sonntagsruhe für die Buchhandlungs-Gehilfen und Lehrlinge, ausnahmsweise Bestattung einer Sonntagsarbeit von nicht über drei Stunden, Beschränkung der Sonntagsarbeit in den Zeitungs-Expeditionen auf zwei Stunden. Der Verband deutscher Bäcker-Zunungen „Germania“ zu Berlin bittet, daß die Feindäderei an Sonn- und Festtagen unbefristet betrieben werde. Leipziger Markthelfer ersuchen um Auswechnung auf das kaufmännische Disperspersonal. Die Ausschussmitglieder der Bergleute des Saar-Reviers zu Wölklingen überreichen einen Vorschlag über Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit zur Einführung auf den fahrlässigen Gruben. Der gemeinnützige Verein an der Saar zu Beckingen bittet um Auszahlung des verdienten Lohnes an minderjährige Arbeiter.

Korrespondenzen.

New-York, 30. Mai. Der frühere Pastor Pentecost hier, über den ich schon mehrere Male geschrieben und dessen Reden früher häufig im Auszuge in der „Volkzeitung“ gebracht wurden, hat sich jetzt vollständig in den Anarchismus verarmt; und, wie man dies wiederholt auch bei anderen Vertretern desselben bemerkt hat, ist er bereit für denselben vorzutreten, daß er es gar nicht für der Mühe werth hält, sich über andere Richtungen auf dem sozialpolitischen Felde zu informieren und seine Kenntniss über dieselbe nur auf dem Wege des „Hörensagens“ bezieht, und dazu noch aus augenscheinlich sehr fragwürdiger Quelle. Im letzten Hefte seines Blattes „Twentieth Century“ (Zwanzigstes Jahrhundert) druckt er eine von ihm gehaltene Rede ab, in welcher es heißt: „Ich hatte Gelegenheit, mit vielen Sozialisten zu sprechen, welche mir zugaben, daß Sozialismus — was man im gewöhnlichen Leben Staats-Sozialismus nennt — die soziale Frage nicht lösen könnte; sie geben zu, daß es überhaupt keine Lösung dieser schwierigen Frage giebt, bis jedes Individuum von der Herrschaft aller anderen Individuen der Majoritäten befreit sein wird. Wohlverstanden, ich habe mit vielen Sozialisten gesprochen, welche unumwunden zugaben mußten, daß ihr Plan Ungerechtigkeit und Unrecht enthält, gegenüber Wenigen zu Gunsten von Vielen. Aber sie befürworten Sozialismus, weil sie es für praktisch halten, weil es etwas ist, welches erreichbar erscheint. Viele Personen glauben, daß es leichter ist, etwas zu erreichen, das unrecht, als etwas, das recht ist.“

Es ist unerklärlich, wie ein Mann, gleich Pentecost, der sich mit einem wahren Feinde gegen die „verderbte Gesellschaft“ ins Zeug geworfen und jeden Sonntag seiner „Gemeinde“ scharfsinnig und drastisch die bestehenden Uebelstände schildert, nicht auf den Gedanken kommt, auch einmal nachzuforschen, welches die speziellen Ursachen dieser Uebelstände sind, und welche Mittel und Wege von den verschiedenen Seiten schon zu ihrer Beseitigung in Vorschlag gebracht wurden. Die „Sozialisten“, welche Pentecost Obiges erzählt haben sollen, scheinen große Wehlichkeit mit Fallstaffs „Stiefleinen“ zu haben. Es ist im übrigen keine Mauer, sich über etwas, das man kritisieren will, lediglich durch die Aussagen vermeintlicher Anhänger der betreffenden Richtung zu führen; auf diese Weise manövrieren wohl kleinliche Demagogen, die persönliche Zwecke verfolgen und denen daher alle Mittel recht sind. Etwa also diesen oder jenen über seine Meinung be-

züglich des Sozialismus zu befragen, hätte Pentecost besser getan, die sozialistische Literatur zu studiren, die auch in englischer Sprache reichlich vorhanden ist. Es scheint indessen bei allen den Amerikanern aus den „gebildeten“ Kreisen, welche die Ungerechtigkeit und Verderblichkeit der heutigen gesellschaftlichen Zustände erkannten, Maxime zu sein, das zu ignoriren (oder vielleicht besser gesagt, den Anschein zu geben, als wenn sie es ignorirten), was von Nichtamerikanern über die Zustände und die Mittel zu ihrer Aenderung gesagt worden ist. Dasselbe Erscheinung haben wir ja auch bei Henry George und Bellamy beobachtet können.

Vielleicht geschieht dies mit Rücksicht auf die ihnen bekannte Abneigung der Amerikaner gegen alles Ausländische! — Wie ich im vorigen Briefe mittheilte, haben die hiesigen Sektionen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beschloffen, selbstständig in die Herbstwahlen einzutreten, und zwar wurde dieser Beschluß so schnell gefasst (sonst ist es Gebrauch, daß solche Angelegenheiten erst in den einzelnen Branchen der Sektionen besprochen werden), weil man Wind davon hatte, daß in der Zentral-Labor-Union seitens der bekannten Macher ebenfalls der Plan bestehe, in „unabhängige“ politische Aktion zu treten. Dies ist in der letzten Sitzung denn auch geschehen und der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Die Delegaten der fortgeschrittenen Gewerkschaften sahen sich die Geschichte ruhig an; keiner von ihnen sagte ein Wort. Sie kennen ja ihre Pappenheimer. Ein etwas unschuldig angehauchter Delegat erklärte sich gegen das Projekt, weil man damit nur Stimmen fortwerfe, welche man zur Unterstützung derjenigen Partei verwenden könne, die am meisten für die Arbeiter gethan. Ein anderer meinte, es müßte durchaus „ehrlieh“ vorgegangen und alle Parteien bei Seite gelassen werden, selbst die sozial. Arbeiterpartei!

Daß der Ekel vor solchen heuchlerischen Gestalten veranlaßt hat, daß bald nach der Wiedervereinigung von den Delegaten der fortgeschrittenen Organisationen immer mehr den Sitzungen fernblieben, ist nicht zu verwundern!

Es sind übrigens, nebenbei bemerkt, auch mit manchen „Ordnern“ in den letztgenannten gewerkschaftlichen Organisationen schlechte Erfahrungen gemacht worden; es muß wohl ein Woodie-Laborist existiren! Die seiner Zeit von der „Progressive Labor Party“ aufgestellten Gewerkschaftsführer Finkelstone (alias Finkelstein), Bardier und Morrison, Leppich-Weber, haben später von der republikanischen Partei Remden erhalten, und es zweifelt heute wohl Niemand mehr daran, daß sie damals Schacher getrieben. —

Früher hat in der „Cincinnati Zeitung“ den Entwurf eines Arbeiterschutzgesezes veröffentlicht. Er ist der Meinung, daß die amerikanischen Arbeiter auf dem bisherigen Wege den achtstündigen Arbeitstag nicht erringen werden, oder, wenn sie ihn theilweise erringen, nicht erreicht erhalten können; Beweis dafür sei, daß sie nicht einmal die Ausführung der Gesezesbestimmungen zum Schutze der Kinder u. s. w. erzwingen konnten. Man wisse, da die amerikanischen Arbeiter heute noch nicht veranlaßt sind, nach fernliegenden Idealen zu streben, ihnen etwas Greifbares bieten, um sie von ihrem abergläubischen Hoffen auf Verbesserung ihrer Lage durch die zur Zeit „regierungsunfähigen“ Parteien loszureißen. Wenn sie sehen, daß die Ausbeuter Alles, was ihre Sonderinteressen schädigt, mittelst des goldenen Schlüssel zu den „Herren“ der Gesezgebung verhindern können, so würden sie um so früher zur Erkenntniß kommen, daß sie auf politische Selbsthilfe angewiesen sind, daß alle anderen Parteien ihnen gegenüber eine reaktionäre Masse bilden, und so das wahre Klasseninteresse bei ihnen erwacht. Zum Schluß heißt es: „Wenn man die Rechte der Arbeiter, und das sind die allgemeinen Menschenrechte, immerfort nur stüchweise, so eines nach dem andern erkämpfen wollte, dann könnten die Jüngsten unter uns so alt werden wie Methusalem's Esel, ohne einen Vortheil zu erlangen, viel weniger noch ihr Ziel zu erreichen. Fassen wir darum alle diese Forderungen, welche die Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Industrie-Periode zur Aendernng einer friedlichen Umgestaltung derselben zu stellen haben, in die Forderung eines Arbeiterschutz-Gesezes zusammen.“

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 12. Juni.

Der Stadtverordneten-Vorsitzer, Stadtv. Dr. Struck, eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden einige Naturalisations-, Pensionirungs- und Anstellungsgesuche geschäftsordnungsmäßig erledigt.

Der Petitionsauschuß empfiehlt die Erledigung einer Reihe Petitionen durch Uebergang zur Tagesordnung. Darunter befindet sich auch die Petition der Freien Vereinigung der Maurer und Fachgenossen Berlins, betreffend die Ausführung städtischer Bauten mit Umgehung von Unternehmern und ohne Submission von Arbeitern oder Arbeitsgruppen unter Leitung von städtischen Baubeamten ausgeführt. Bezahlung dieser Arbeiten nach vereinbarten festen Preisen und Normirung des Arbeitstages auf 9 Stunden.

Der 1. Vorsitzende des Vereins der Freien Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend überreicht in dessen Austrage der Versammlung eine Petition, enthaltend ein

Gesuch der Maurer:

- die städtischen Behörden mögen beschließen und anordnen: a) Die Ausführungen bei städtischen Bauten werden fernherhin, mit Umgehung von Unternehmern und ohne Submission, von Arbeitern oder Arbeitsgruppen unmittelbar unter der Leitung von städtischen Baubeamten ausgeführt.
- b) Die Bezahlung dieser Arbeiten erfolgt nach festen, mit den Arbeiter-Körperschaften auf Grund eines Mindestlohnes vereinbarten Preisen.
- c) Es wird für die Ausführung der Arbeit ein neunstündiger Arbeitstag als Regel angenommen und eingehalten.

Der Eingabe ist ein Druce-Exemplar der Petition beigelegt, in welcher in umfassender Weise die Gründe für diese Anträge entwickelt sind und in ersterer wird mitgetheilt, daß die Petition schon im Mai v. J. dem Magistrat mit der Bitte übergeben worden sei, Schritte in der bezeichneten Richtung zu thun, daß derselbe aber unterm 28. Juni 1889 geantwortet habe.

Er sei nicht in der Lage, nach den in der Petition ausgeprochenen Grundsätzen vorzugehen zu können, da er bei dem außerordentlichen Umfange seiner Bauhätigkeit außer Stande sei, die Maurer und die daneben erforderlichen Arbeitsleute direkt anzustellen.

Die Petition ist demzufolge von den Antragstellern in der Hoffnung auf Berücksichtigung und mit der Bitte wohlwollender Erwägung der Versammlung übersandt worden.

Wie schon gesagt, „erledigte“ der Petitionsauschuß die Angelegenheit durch Uebergang zur Tagesordnung. Auch dem von einer Seite gemachten Vorschlag, in der von den Petenten angegebenen Richtung doch bei einem Bau den Versuch zu machen und, je nach dem Ausfalle desselben, die Sache dann auszugeben oder im Bewährungsfall weiter zu verfolgen, verneinte der Ausschuß nicht beitreten zu können.

Die Stadtv. Singer und Genossen beantragen die „Berichterstattung“ über diese Petition. Diesem Verlangen wird in der nächsten Sitzung nachgegeben.

Die Skizzen zum Bau einer höheren Bürgerschule auf dem Grundstück Belle-Alliancestr. 80 und einer Gemeinde-Doppelschule in der verlängerten Obenstraße werden mit den vom Ausschuß vorgeschlagenen Aenderungen genehmigt.

Der Großen Berliner Pferde- und Eisenbahn, Alltagsgesellschaft,

wird die Genehmigung zur Legung von Geleisen in der Charlottenstraße und Einrichtung einer Haltestelle vor dem Post-Office erteilt.

Die Vorlage, betr. die Errichtung einer Heimstätte für arme Waisen auf dem städtischen Gute Plankenfelde bleibt dem

Stadtv. Zubeil Veranlassung, zunächst sein Einverständnis mit dem segensreichen Zweck auszusprechen, dem die Vorlage zu dienen bestimmt ist. Der Redner bittet jedoch, um eine Angelegenheit zu beseitigen, die folgende Stelle aus dem Organisationsentwurf der Heimstätte zu streichen: „Vorzugsweise sollen solche Mütter berücksichtigt werden, die ihr Kind mit in die Heimstätte bringen und im Stande sind, dasselbe selbst zu nähren.“ Diese Bestimmung bedeute eine Zurücksetzung derjenigen Mütter, die ihr Kind nicht selbst nähren könnten.

Stadtv. Marggraf erwidert, es handelte sich hier um eine ganz neue Einrichtung, deren praktische Durchführbarkeit erst versucht und die nicht komplizirt werden dürfe. Die künstliche Ernährung der Säuglinge könne in einer solchen Anstalt nicht wie gewöhnlich geschehen, sondern nur mittelst sterilisirter (leimfreier) Milch. Die Versorgung solcher Milch würde die Verwaltung erschweren. In dem Entwurf sei auch nur von der „vorzugsweisen“ Berücksichtigung der nährenden Mütter die Rede; besondere Fälle könnten also berücksichtigt werden.

Stadtv. Singer: Ich hätte gewünscht, der Herr Stadtv. Rath wäre in der Begründung der fraglichen Bestimmung etwas eingehender gewesen. Denn aus dem Umstande, daß die Verwaltung durch den Wegfall der Einschänkung erschwert wird, kann nicht hergeleitet werden, einen solchen Passus im Entwurf stehen zu lassen. Er schließt Personen eines Mangels wegen aus, der nicht in ihrem Ver schulden liegt. Auch im Interesse der Kinder müssen die Mütter berücksichtigt werden, die ihr Kind nicht selber zu nähren im Stande sind. Wenn durch die Vorlage einem weit verbreiteten Uebelstande abgeholfen werden soll, dann ist es einer Stadt wie Berlin nur angemessen, alle Schwierigkeiten, die sich entgegenstellen, zu überwinden. Der Auffassung des Herrn Stadtraths, daß das Wort „vorzugsweise“ einen gewissen Schutz gewähre, kann ich mich nicht anschließen. Es werden sich sofort so überaus viele Personen finden, welche die Heimstätte aussuchen wollen, daß die Bequemlichkeitsbrüchigkeit der Verwaltung sich bei der Auswahl der Fälle sehr bald zeigen werden. Stimmen Sie dem Antrage Zubeil bei.

Nach weiterer kurzer Debatte wird der Antrag Zubeil abgelehnt und die Magistratsvorlage unverändert genehmigt.

Die Skizze zum Neubau einer Volksbadeanstalt auf dem Grundstück Stralauer Platz 28, wird genehmigt.

Die Vorlage, betreffend die Freisetzung eines Gebührentariffs für die durch die städtischen Desinfektions-Anstalten bewirkte Desinfektion von Wohnräumen und beweglichen Sachen wird mit einer kleinen Aenderung genehmigt. Von Zahlung der Gebühren ist befreit, wer sich zu diesem Zweck von dem Bezirksvorsteher oder von dem Vorsteher derjenigen Armenkommission, in deren Bezirk er wohnt, ein Attest ausstellen läßt und dasselbe an die Desinfektions-Anstalt einbringt. Das Attest kann nach erfolgter Desinfektion eingesehen werden.

Die Umstellung des Attestes findet statt, wenn der Betreffende eine Wohnung im Mietzwerthe bis zu 300 M. innehat, oder sich nach Prüfung der Verhältnisse ergibt, daß er infolge von Unglücksfällen (Krankheiten, Sterbefällen und dergl.) nicht in der Lage ist, Gebühren zu bezahlen.

Dieselbe Befreiung von Zahlung der Gebühren hat auch für die Desinfektion von Gefaßen Anwendung zu finden.

Die Befreiung von Zahlung der Gebühren hat nicht den Charakter einer Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln.

Einige Rechnungen werden dem Ausschuß für Rechnungsfachen überreicht.

Schluß 7 Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Lokales.

„Die wirtschaftliche Perspektive der gegenwärtigen Lohnbewegung“ behandelt Dr. F. Bödiker in einem Aufsätze, welcher im letzten Hefte der „Berliner Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht ist; ursprünglich ist es ein in der Berliner Staatswissenschaftlichen Gesellschaft gehaltenen Vortrag. Der Verfasser „beweist“, daß es dem Arbeiter schon jetzt recht gut geht; als leidenschaftlicher Arbeiterfreund aber macht er alsdann noch Vorschläge, wie die Lage des Arbeiters sogar noch glänzender gehalten werden können. Für das Erstere stützt er sich auf die Steuerstatistik; nach dieser hätten sich die Einkommen zwischen 1050 und 1500 Mark stark vermehrt, das heißt, es seien viele Arbeiter in die untere Schicht des Mittelstandes emporgerückt. Das würden die betreffenden Arbeiter gern hören, wenn es nur wahr wäre. Aber man kann aus den Steuern nicht viel beweisen. Sie steigen sehr oft, nicht weil das Einkommen wächst, sondern weil man die Schraube schärfer anzieht; so sind z. B. viele Berliner Maurer und Zimmerer, welche im vorigen Jahre in der ersten oder zweiten Stufe steuerten, in die dritte oder vierte hinaufgesetzt worden, ihr Verdienst aber ist nicht größer geworden. Außerdem sind, wie der Verfasser an anderer Stelle selbst zugiebt, die Lebensbedürfnisse vielfach theurer geworden, es ist also zwar der Geldlohn, aber nicht der Reallohn gestiegen. Endlich unterläßt es Bödiker anzugeben, ob denn die Zahl der weniger als 1050 M. betragenden Einkommen nicht in noch viel größerem Prozentsatz zugenommen hat. Nachdem er sich so in einer längst als unzulässig erkannten Art auf die Steuerstatistik berufen hat, fügt er ohne den Schatten eines Beweises die Behauptung hinzu, daß die Löhne sich seit 1850 verdoppelt, stellenweise verdreifacht hätten. Wenn das wahr wäre, hätte es der Berufung auf die Steuerstatistik nicht bedurft. Wir besitzen zwar in Deutschland leider keine Statistik der Löhne, aber wir wissen, daß die Löhne sich vielfach gleichgeblieben sind, wenigstens hinsichtlich der Kaufkraft des als Lohn empfangenen Geldes; wir wissen auch recht viel von Arbeitslosigkeiten, von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit zu berichten. Was schlägt der Verfasser aber nun vor, um die Lage der Arbeiter künftig zu heben? Er meint, ein höherer Lohn helfe nichts, denn „durch die Steigerung des Geldlohnes wird kein Scheffel Kartoffel und kein Liter Bier mehr zur Verfügung gestellt“. Ferner werde eine Verkürzung der Arbeitszeit zu technischen Verbesserungen und damit zu einer Verdrängung der Arbeiter durch Maschinen führen; deshalb sei die Agitation, welche eine Verminderung der Produktion an sich will, eine „bedauerliche Thorheit“. Eine Verminderung der Produktion will die achtstündentagsbewegung weder herbeiführen, noch wird sie diese Wirkung haben. Die Produktion wird theils durch die Einstellung von Arbeitslosen, theils durch Verbesserung der Technik zum mindesten auf ihrem Stande erhalten werden. „Jetzt schon ist man mit dem, was auf den Einzelnen an Glücksgüter und Genußmitteln entfällt, nicht zufrieden; was soll erst werden, wenn diese Güter in noch geringerer Zahl hervorgebracht werden?“ Kurz, das Ziel müsse sein, die Güter zu

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Kohrleger und Bergarbeiter fand am Mittwoch Abend in Feuerstein's Lokal, Alte Jakobstr. 75, statt. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Meyer (Hamburg). Der Referent war aber dringender Berathung halber am Erscheinen verhindert und man schritt deshalb zur Erledigung des zweiten Punktes: Berichterstattung über den allgemeinen Metallarbeiterkongress zu Weimar. Hierzu erhielt Herr Redner, der die Kohrleger und Bergarbeiter auf dem Kongress vertreten hat, das Wort. Redner konnte sich angesichts der umfangreichen Verhandlungen nur darauf beschränken, die wichtigsten Punkte aus denselben wiederzugeben; die Einzelheiten werde das ausführliche Kongress-Protokoll enthalten, welches demnächst in Druck gegeben werden solle. Als bemerkenswerth hob er hervor, daß die Formirer laut Bericht in den letzten achtzehn Monaten 179 000 Mark zur Unterstützung für streikende oder ausgesperrte Kollegen verausgabt haben; von dieser großen Summe hätten die Berliner Formirer 32 000 Mark aufgebracht. Die Mehrheit des Kongresses sei mit der Schaffung einer großen Zentralisation im Prinzip einverstanden gewesen, habe aber aus praktischen Gründen von der Errichtung einer „Deutschen Metallarbeiter-Union“ Abstand genommen, weil eine derartige Vereinigung angesichts des Mangels einer einheitlichen Vereins-Gesetzgebung nicht zu Stande gebracht werden könne. Der Kongress habe für jede einzelne Branche Vertrauensleute gewählt, welche mit Durchführung der Beschlüsse betraut sind; da dieselben aber der Hilfskräfte bedürfen, sei beschloffen, noch Vertrauensleute für einzelne Bezirke zu wählen. Ferner habe man sich dafür erklärt, in Orten, in denen die weibliche Arbeitskraft in der Metallindustrie umfangreich zur Verwendung gelange, Metallarbeiterinnen-Vereine ins Leben zu rufen. Den ausgesperrten Hamburger Kollegen sei ausserliche Unterstützung zugesichert worden. Eine Resolution, nach welcher die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages aufgefordert wird, für volle Koalitionsfreiheit und eine einheitliche Vereinsgesetzgebung einzutreten, habe einstimmig Annahme gefunden. In Bezug auf den Arbeitsnachweis sei man zu der Ansicht gekommen, daß den Arbeitern die Zeitung überall verbleiben müsse, doch könne der Arbeitgeber, wo es angänglich sei, eine bestimmte Mitwirkung eingeräumt werden, da sich derartige Einrichtungen als vorthellhaft erwiesen hätten. — Zur Diskussion sprachen die Herren Fischer, Becker, Karpenkiel und Linke. Am Schluss derselben wurde ein Antrag angenommen, in welchem Herrn Redner für seine Thätigkeit auf dem Kongress volle Anerkennung ausgedrückt wurde. Nach längerer Besprechung des Gegenstandes wurden die Herren Becker und Karpenkiel in die Streit-Kontrollkommission gewählt. Zum Schluss beschäftigte die Versammlung sich mit einer Resolution, durch welche die Anwesenden aufgefordert wurden, den „Berl. Sozial-Anzeiger“ abzubestellen, nicht in denselben zu inseriren und auch nicht bei den Venten zu lausen, welche Annoncen in dem Blatte erlassen. Als Grund für diese Maßregel wurde auf das Verhalten des Herrn Schell seinen Lesern gegenüber hingewiesen. Der Resolution wurde einhellig zugestimmt. Mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Dachdecker Berlins tagte am 9. d. M. im Lokale Alte Jakobstr. 75 mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Stadtverordneten Heindorf über Gewerbebeschwerden. 2. Stellungnahme zur Zentral-Streit-Kontrollkommission. 3. Verschiedenes. Vorsitzender war Herr Radwiz. Da der Herr Referent nicht erschienen war, so wurde erst zum zweiten Punkt der Tagesordnung geschritten. Die Herren Mehllein und Radwiz legten den Zweck und die Ziele der Zentral-Streit-Kontrollkommission klar. Es wurde dann beschloffen, 2 Mann zu wählen. Gewählt wurden Mehllein und Delahoge. Unter „Verschiedenes“ wurde dann der Streit der Kölner Dachdecker behandelt. Herr Radwiz legte es den Theilnehmern der Versammlung recht warm ans Herz, die Kollegen in Köln recht stark und auf dem schleunigsten Wege zu unterstützen. Es wurden dann wegen dieser Angelegenheit drei Jahrestellen errichtet, und auch bekannt gemacht, daß bei Kollege Mehllein Sammellisten zu haben sind. Die Jahrestellen befinden sich für den Süden bei Herrn Götz, Waldemstr. 28, Hof I. bei Krause, für den Norden bei Herrn Kaufmann, Fehrbellinerstr. 31, vorn IV., für den Osten bei Herrn Mehllein, Faldenfeinstr. 9, vorn IV. Dann sprach Herr Mehllein noch über den dritten deutschen Innungstag, welcher vor Kurzem in Berlin tagte. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Da der Herr Referent nun erschienen war, so wurde ihm das Wort zu seinem Vortrage erteilt. Redner erging sich dann in demselben über den Zweck und die Ziele der Gewerbegerichte, und ermahnte zum Schluss noch einmal zu recht reger Betheiligung an der Organisation. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem Herr Radwiz dann noch einige Worte in Betreff des Verbandes an die Versammlung gerichtet hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Fachverein der Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am 2. Juni, in Hehlitz Salon, Bergstr. 12, eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Herrn Peus über kapitalistische und sozialistische Moral. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Entrichtung der Beiträge. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Zum 1. Punkt erhielt Herr Peus das Wort zu seinem Vortrag. Derselbe erledigte sich dessen unter großem Beifall der Versammlung. In der Diskussion sprachen mehrere Redner im Sinne des Referenten. Zur Aufnahme meldeten sich mehrere Kollegen. Bei Verschiedenem wurde bekannt gemacht, daß der Ring der hiesigen Brauereien einen Rip erhalten hat, indem schon verschiedene Brauereien die Forderungen der Brauergesellen bewilligt haben. Ferner wurde bekannt gemacht, daß der Zugang nach Hamburg streng fern zu halten ist, da die Unternehmer Hamburgs den Versuch machen wollen, die Organisation der Arbeiter aufzulösen; würde dasselbe gelingen, so würde man in verschiedenen Orten dasselbe thun; darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, die Arbeiter thätig zu unterstützen. Nach Erledigung des Fragekastens erfolgte der Schluss. — Der Arbeitsnachweis für Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter befindet sich im Süden Dresdenerstr. 118 bei Grindel, im Norden Anklamerstr. 49 bei Rürberg, und ist geöffnet Abends von 8-10 Uhr, Sonntags Vormittags von 10-12 Uhr.

Eine Mitgliederversammlung der Freien Vereinigung der Eisenhändler und Bergarbeiter Berlins und Umgegend tagte am Sonnabend, den 7. Juni, in Scheffer's Saal, Inselstraße 10. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn Pirch über: „Das Recht auf Arbeit.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der sehr interessante Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. An der Diskussion betheiligten sich mehrere Redner. Hieraus richtete der Vorsitzende den Appell an die Versammlung, nur unsere Arbeiterpresse „Berliner Volksblatt“ und „Berliner Volks-Tribüne“ zu lesen und nicht mehr die bekannten Schund- und Schmutzblätter zu beachten. Dann schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung tagte am 9. d. M. in den Bürgerfäden, Dresdenerstr. 96. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Streit-Kontrollkommission. 2. Diskussion. 3. Wahl von Revisoren zur Prüfung der Abrechnung von verstorbenen Streik. 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt referierte Herr H. Baginski. Redner schildert in längerer klarer Ausführung die empfindlichen Mängel unserer heutigen Produktionsweise und die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Sowohl von Seiten der Arbeiter als auch von Seiten des Kapitals werden stets neue Kampfmittel erfunden, um den Gegner zu bewältigen. Als ein solches sei auch die Streit-Kontrollkommission zu betrachten, die

ins Leben gerufen werden soll, um eine gegenseitige Regelung der Streiks in Berlin herbeizuführen. Redner erklärte sich zwar nicht in allen Punkten mit dem Projekt einverstanden, doch könnte die Kommission in gewisser Hinsicht für die Arbeiterthätigkeit Berlins recht segensreich wirken. In der sehr lebhaften Diskussion sprachen sich einige Redner direkt gegen die Streit-Kontrollkommission aus, die Mehrzahl aber unter gewissen Bedingungen dafür und wurden schließlich, nach einem dahingehenden Antrage drei Delegirte (Kollegen Fischer, Fleischer und Niederaner) gewählt, mit dem Auftrag, nur dann für die Errichtung einer Streit-Kontrollkommission einzutreten, wenn dieselbe nicht die Befugniß erhält, Streiks überhaupt zu verbieten, ferner, wenn dieselbe nicht mit dem Einführen weiterer Kontrollmarken vorgehen soll, sondern sich hauptsächlich mit der Regulirung der Forderungen des Streiks auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu befassen, und sonstige hervortretende Mißstände zu beseitigen hat. Zu Punkt 3 gab Kollege Baginski einen kurzen Rückblick über den verstorbenen Streik und wurden dann die Kollegen Krasnik, Menzel und Kuchenbäcker zur Prüfung der Abrechnung gewählt. Zu Punkt Verschiedenes führte Kollege Fischer an, daß eine Notiz durch verschiedene s-e Blätter („Berl. Morgenzeitung“ und „Märk. Volkszeitung“) gegangen sei, nach welcher die Kollegen M. Baginski und Klinger Sommerreisen angetreten hätten und sich nun von den Großen der Arbeiter mähten. Redner erklärte diese Behauptung unter stürmischen Beifall der Versammlung für eine ganz gemeine Lüge. Wenn solche Blätter doch mehr von den Herrn schreiben würden, welche sich thätig nach den Thalern und Schweistropfen der Arbeiter mähten. Nach einer Mittheilung des Kollegen Fleischer, daß nächsten Montag eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung stattfinden, zur Gründung einer Zählstelle des Vereins deutscher Schuhmacher, entspann sich eine längere, theilweise sehr erregte Debatte über Lokal- oder Zentral-Organisation und wurden alle Kollegen aufgefordert, sich an dieser Versammlung, welche bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, stattfindet, recht zahlreich zu betheiligen.

Eine große öffentliche Versammlung der Graveure und Ciseleure tagte am Dienstag, den 10. d. M., bei Fenzke, Landsbergerstraße 37, unter Vorsitz der Kollegen Joad, Ziefe, Vogewolka mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn W. Werner über „Kapital und Arbeit“. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Streit-Kontrollkommission. 4. Ist es zweckmäßig, in diesem Jahre einen Kongress der Graveure und Ciseleure stattfinden zu lassen? 5. Verschiedenes. Da Herr Werner noch nicht erschienen war, wurde zu Punkt 3 übergegangen; nur Kollege Kone, welcher sich über die eigentliche Bedeutung des Punktes nicht klar schien, sprach dagegen, während die Kollegen Janczek, Blümke, Guttman und Joad energisch für die Betheiligung an der Streit-Kontrollkommission eintraten und wurden zu dieser Kommission die Kollegen Joad und Vogewolka gewählt. — Punkt 4 besprach Kollege Joad in eingehender Weise, indem er betonte, daß über diesen Punkt die Kollegen verschiedener Städte Deutschlands schon diskutiert hätten und nur auf das Vorgehen der Berliner Kollegschaft warteten. Nach kurzer Debatte wurde ein vom Kollegen Vogewolka gestellter Antrag, diesen Punkt bis zur nächsten öffentlichen Versammlung zu verlagern, um daß sich dann ein Jeder recht klar über den eigentlichen Zweck eines solchen Kongresses sei, einstimmig angenommen. — Nun übernahm Herr Werner, welcher inzwischen erschienen, sein Referat, beleuchtete in demselben die Entwicklung des Kapitals und schilderte in treffender Weise die dadurch entstandenen, heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Redner erntete für seinen einstündigen Vortrag reichen Beifall und wurde nach kurzer Diskussion, in welcher sich alle Redner im Sinne des Referenten ausdrückten, folgende Resolution: „Die heute am 10. Juni 1890 bei Fenzke, Landsbergerstraße 37, stattfindende öffentliche Versammlung der Graveure und Ciseleure erkennt die Ausführungen des Referenten als durchaus richtig an, und verpflichtet sich alle Anwesenden, um der Macht des Kapitals kräftigen Widerstand entgegenzusetzen zu können, durch Beitritt zur freien Vereinigung dahin energisch zu wirken, ihre jetzige Lebensstellung zu verbessern“, einstimmig angenommen. Nach dem Schlusswort des Referenten theilte zu Verschiedenem der Vorsitzende das Ausscheiden des Kollegen Guttman aus der Agitationskommission mit und wurde an Stelle dessen Kollege Nischau gewählt. — Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Eine Versammlung arbeitsloser Maurer, Puhler und Zimmerer war für gestern, den 12. d. M., Vormittags nach dem großen Saale der Berliner Hof-Brauerei (Tempelhofer Berg) von dem Maurer Herrn Wilhelm Kerstan einberufen worden zur Klarlegung der Lage des Hamburger Streiks. Die Versammlung tagte unter Vorsitz der Herren Kerstan, Oriland und Schjigeiski, während Herr Stauing (Hamburg) referierte. Derselbe legte die bereits bekannten Ursachen des Streiks klar und bezeichnede die Lage des Streiks als eine günstige. Der allerdings bedeutende Zugang nach Hamburg falle nicht so sehr ins Gewicht, da von den 5525 Mitgliedern des Fachvereins der Maurer 4000 bereits abgereist und sämtliche Mitglieder fest entschlossen sind, den Kampf bis zum Neuesten durchzuführen. Auch händen den Streikenden Hilfsmittel zu Gebote, an die Innungsmeister wohl nicht gedacht hätten. Auch rechneten die Streikenden auf die Unterstützung nicht nur der Arbeiter Deutschlands, sondern der ganzen zivilisirten Welt. Ohne Berlin dafür verantwortlich machen zu wollen, konstatierte Referent doch, daß der Zugang von Berlin besonders stark sei. Es sei dies nicht gerade angenehm und richtete Referent demzufolge Namens der Hamburger Kollegen an die Berliner arbeitslosen Kollegen die Bitte, nicht nach Hamburg zu machen. Würde es den Innungsmeistern gelingen, mit Hilfe des Kapitals die Hamburger Arbeiter-Organisationen zu sprengen, welche bisher für die besten galten, so seien die gesamten Arbeiter-Organisationen Deutschlands in Gefahr, so gingen die Arbeiter Deutschlands einer sehr trübigen Zukunft entgegen. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages schilderte Redner die Drangsalirungen der Arbeiter, wie sich alle herrschenden Gewalten vereinigt hätten, um den Arbeitern als Kennde für den 20. Februar d. J. eine Salappe beizubringen. Der Kampf sei noch lange nicht zu Ende und würde vielleicht im nächsten Jahre fortgesetzt werden müssen, doch zweifelte Redner nicht an dem endlichen Siege der Hamburger Bauarbeiter. Der Hamburger Streik habe nicht lediglich ein lokales Interesse, sondern sei ein Theil des großen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, und ersuchte Referent nochmals die Berliner arbeitslosen Kollegen, nicht zum Streibreaker zu werden. Der Korreferent, Herr Meier (Hamburg), schloß sich im Wesentlichen den Darlegungen seines Vordredners an und beleuchtete insbesondere noch die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit und die Vertheilung der gestellten Forderungen der Hamburger Bauhandwerker, neunständige Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn. Redner zeigte ferner, daß in Hamburg, wie auch in Berlin, die Arbeit künstlich zurückgehalten werde und mit Tausenden von Arbeitererlosen ein stilles Spiel getrieben werde. Man suche nach Möglichkeit fremde Arbeitskräfte nach Hamburg zu importiren, doch müsse dieses Vorhaben kräftig hintertrieben werden. Bisher betrage der Zugang nur 500 Mann. In späterer Zeit würden die Hamburger Kollegen sich dankbar zu erweisen wissen. Darum müsse die Parole für alle Arbeitslosen lauten: Nicht nach Hamburg! Herr Oriland ermahnte seinerseits ebenfalls, dem Drude des Kapitals einen Damm entgegenzusetzen und dies könne in erster Linie geschehen durch Fernhaltung des Zuzuges nach Hamburg und in weiterer Linie durch allgemeinere Verkürzung der Arbeitszeit. Des Weiteren nahm auch noch Herr Baaker (Hamburg) das Wort, welcher sich hauptsächlich über die gewerkschaftliche Bewegung verbreitete. Herr Kerstan führte seinerseits lebhaft Klage darüber, daß auf dem Behrter Bahnhose die Berliner Polizei Niemanden zulasse, der nicht als Maurer nach Hamburg wolle. Auch in Hamburg würden alle Nachmittage in Anwendung gebracht. Dort

würden sogar harmlose Arbeiter für das Verbrechenalbum fonterfeit. Auch er erkannte es als jedes Arbeiters Pflicht, den Hamburger Klassenkampf durchzuführen zu helfen. Jeder müsse darin mitwirken, Aufklärung zu verschaffen in ganz Deutschland darüber, daß die Forderungen der Hamburger Maurer noch keineswegs bewilligt seien, wie in lignerischer Weise in auswärtigen Blättern verbreitet werde. Seitens der Hamburger Kollegen wurde auch ganz entschieden der Behauptung entgegengetreten, daß die Hamburger Maurer hier in Berlin unter dem örtlichen Tagelohn arbeiten und wurde dies auf ein ausgeprägtes Gerücht der Innungsmeister zurückgeführt. Nach weiteren Verhandlungen gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„In Erwägung des Kampfes, der sich in Hamburg zwischen den Maurern, Zimmerern einerseits und dem Unternehmertum andererseits abspielt, beschließt die heutige Versammlung, sich mit den Hamburger Kollegen solidarisch zu erklären und verspricht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zum Siege der Arbeiter beizutragen und hauptsächlich für möglichste Unterstützung der Hamburger Kollegen durch Abhaltung des Zuzuges einzutreten.“ Zum Schlusse wurde die allgemeine Lage erörtert. Mit einem dreifachen Hoch auf den Sieg der Hamburger Bauarbeiter schloß die Versammlung.

Der Fachverein der Puhler hielt am Sonntag, den 8. d. Mts., in den Bürgerfäden, Dresdenerstr. 96, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Das geräumige Lokal war bis zum letzten Platz angefüllt. Auf der Tagesordnung stand: Berathung über § 6 des Vereinsstatutes, welcher über den zu gewährenden Rechtschutz der Mitgliedschaft gegenüber handelt. Hierzu war der Anwalt des Vereins, Herr Freudenthal, geladen, welcher einen belehrenden Vortrag hielt. Redner erntete hierfür den reichsten Beifall. In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich noch folgende Kollegen im Sinne des Referenten aus: Buchholz, Dähne, Kröbel und als Berichterstatter der Statutenrevisions-Kommission, Kollege Diedrich. Vom Kollegen G. Simanowsky war folgende Resolution der Versammlung unterbreitet worden:

„Die heutige in den Bürgerfäden Dresdenerstr. 96 tagende Mitgliederversammlung des Fachvereins der Puhler Berlins und Umgegend erklärt sich mit dem neuer verbesserten Paragraph 6, sowie mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, da nur aus solchen Gründen sich etwas gutes für das Wohl der Mitglieder des Vereins erzielen läßt.“ Diefelbe wurde, sowie auch der neue Paragraph 6 einstimmig angenommen. Nachdem ein Unterstüßungsgeuch eines kranken Kollegen auf 30 Mark bewilligt war, kam ein Fall zur Sprache, wo ein Mitglied des Vereins gemahregelt worden, weil es nicht 10 Stunden arbeiten wollte. Es war auf dem Bau des Herrn Maurermeisters Garbe bei dem Puhmeister Jocke. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten des Vereins geregelt waren, wurde noch seitens des Kollegen G. Neumann aufmerksam gemacht, daß infolge der Annahme der Bundesmeister an den Säulen in der vergangenen Woche 45 Maurer nach Hamburg gereist sind. Es sind später noch 40 Mann nachgereist. Das sei sehr verwerflich, da doch die Hamburger Maurer im Streit liegen; es würden auch Puhler verlangt, jedoch warne er jeden Kollegen, trotzdem in Hamburg die Arbeit besser bezahlt würde als hier am Ort, sich nicht verleiten zu lassen, als Streikbrecher aufzutreten. Zum Schluss wurden den Greizer Webern 150 M. aus der Vereinskasse bewilligt.

Eine öffentliche Versammlung der Tischler und Klavierarbeiter fand am 9. d. M. in Böhmischen Brauhaus statt. Auf der Tagesordnung stand die Wahl von Mitgliedern zur Zentral-Streit-Kontrollkommission. Das einleitende Referat hatte Herr Rob. Schmidt übernommen, der in kurzen Worten auf die Bedeutung dieser Kommission hinwies und die Nothwendigkeit betonte, daß auch die Tischler und Klavierarbeiter ihre Vertreter hierfür zu wählen haben. Nach längerer Diskussion wurden zu Mitgliedern der Zentral-Streit-Kontrollkommission gewählt die Kollegen Rob. Schmidt, R. Millarg und W. Bruns.

Fachverein der Althandwerker. Montag, den 16. d. Mts., Abends 8 Uhr, Versammlung, Oranienstraße 150. Vortrag des Herrn Röhle über Volksernährung und Selbstkommen. Eröffnung eines Neuwahl- und Sommerfestes Sonntag, den 21. Juni, in der Union-Brauerei, Palen- haide, hatt. Zählstellen sind: Waidstr. 4, Restaurant Gerschke, Sonnabend und Montag von 7-9 Uhr, Ritterstraße 21, Montag von 7-9 Uhr im Restaurant Juchke.

Allg. Franken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. G. 29, Hamburg) und Zentral-Franken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. G. 29, Hamburg) „Hulton“, Filiale Berlin 9, Sonntag, den 16. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, Gartenstr. 10a bei Berliner, außerordentliche Mitgliederversammlung Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl der gesammten Ordnerverwaltung. 3. Bericht des

„Hilfsvereins“, Bes- und Diskussions, heute, Freitag, den 12. Juni, Abends 8 Uhr, im Restaurant Wollhaus, Wollstr. 62: Besprechung der Mitglieder. Verschiedenes. Am recht roze Theilnahme wird erludt.

Verein der Klempner Berlins und Umgegend. Sonnabend, den 14. Juni, 11 Uhr, großes Sommerfest in der „Neuen Welt“, Hasenbalde, Konzert und Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

Große öffentliche Volksversammlung am Freitag, den 12. Juni, Abends 8 Uhr, in Mundt's Salon, Köpenickerstr. 100.

Allgemeiner Metallarbeiter-Verein Berlins und Umgegend. Am Sonnabend, den 21. Juni 1890: Gemüthliches Tanzfröhchen in Herz's Salon, Joh. A. Rebel, Rammstr. 27.

Berliner Franken- und Sterbekasse für Frauen und Mädchen (S. G. 27). Am Montag, den 23. Juni 1890, in Segel's Lokal, Neue Gravenstraße 14: Generalversammlung.

Arbeiter-Gesangverein „Nord“. Am Sonntag, den 15. Juni, Herren-Park nach Friedelshagen. Treffpunkt Wollhof Alrandplatz präzis 8 Uhr. Am jährliches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

Muth-Platzanten-Verein „Globe“. Alle Freitage Übung Straub-bergerstraße 2.

An die Kölner Gelinos! Am Freitag, den 12. Juni, 11 Uhr: Große öffentliche Versammlung der Gahwirtsgehilfen im Saale Kaufmann's Variete, Köpenickerstr. 22. Tagesordnung: 1. Zweck und Ziele der modernen allgemeinen Arbeiterbewegung und die Gahwirtsgehilfen. Referent: Stadtvandredner Vogeler. 2. Mittheilungen über die Verhandlungen des deutschen Gahwirtsstages in Braunschw. 3. Freie Besprechung. Im Interesse der Sache wird um recht zahlreichen Besuch gebeten.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Kassale“. Am Freitag, den 12. Juni, Abends 8 Uhr, Kollberstr. 8 bei Schneider: Stagn- Das Erscheinen der Mitglieder ist nothwendig. Gäste haben Zutritt.

Allgemeiner Franken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und Zentral-Franken- und Sterbekasse der Metallarbeiter „Hulton“ (S. G. 29 und 29 Hamburg) Filiale I. Am Sonnabend, den 14. Juni, Abends präzis 8 Uhr, in Gabel's Brauerei, Bergmannstr. 6-7. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bad über „Frankheiten“. 2. Neuwahl der gesammten Ordnerverwaltung. Zahlreiche Betheiligung erwünscht.

Literarisches.

Volkbibliothek des menschlichen Wissens, herausgegeben und verlegt von Bruno Geiser, Breslau, Lühn-straße 10. Auch zu beziehen durch H. Schindler in Dresden (Zwingstr. 5). Erscheint in Wochenheften zu 10 Pf. — Die soeben zur Ausgabe gelangten Hefte 129 und 130 enthalten: Geschichte der bürgerlichen Klassen, bearbeitet von Bruno Geiser (Fortschreibung).

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Deveschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Kemshaid, Donnerstag, 12. Juni. Der Ausstand der Feilenhauer ertrakt sich auf den ganzen Stadt- und Landkreis Senneper. Der Verein der Feilenhauer, welcher 1000 Mitglieder und 700 Gehilfen zählt, hat dem Fabrikanten-Verein den Vertrag, welcher im Jahre 1887 gemeinsam zum Zwecke der Lohnfeststellung geschlossen worden war, gekündigt. Der Feilenhauer-Verein verlangt eine Lohnerhöhung von 20 pCt., welche der Fabrikanten-Verein abgelehnt hat.

Saint-Genne, Donnerstag, 12. Juni. Die Zahl der am Ausstande betheiligten Arbeiter übersteigt nunmehr 9000; 5000 bis 6000 sehen ihre Arbeit fort.

Der 1. Mai in Brasilien.

Das in St. Paulo, Brasilien, erscheinende deutsche Wochenblatt „Germania“ enthält in seiner Nummer vom 7. Mai d. J. nachstehenden Leitartikel, der jedenfalls von besserem Verständnis der Arbeiterbewegung zeugt, als wir sie in zahlreichen deutsch-landischen Zeitungen gefunden haben:

Der 1. Mai 1890. Ein höchst bedeutsamer Tag in den Jahrbüchern der Geschichte der Zukunft liegt hinter uns, ein Tag, an welchem in ausdrücklicher Weise seitens der arbeitenden Völker aller zivilisierten Nationen eine Manifestation stattgefunden hat, welche den internationalen Charakter der vornehmsten Bewegung unserer Zeit klar und deutlich betonte. Kein chauvinistischer Hauch einseitigen Nationalitätenbewußtseins durfte bei ihm zum Durchbruch kommen, die Arbeiter aller Länder fanden sich solidarisches in ihren Interessen. Es war eine Demonstration friedlichen Charakters in dem großartigen Kampfe um die Erhaltung einer unabhängigeren wirtschaftlichen und ökonomischen Lage jener Klasse, welche uns mit den Erzeugnissen versieht, die wir zur Lebensfristung und zu den Genüssen des Lebens notwendig machen.

Diese Bestrebungen sind ja nicht neu. Seitdem der Arbeiter über die Ursache seiner Lebenslage belehrt wurde, die in den verschiedenen Stadien wirtschaftlicher und ökonomischer Entwicklung bald zu einer Nothlage herabfällt, während auf der andern Seite anwachsender Reichtum den ausgedehnten Luxus schuf, seitdem er selbst über die leitenden Triebkräfte in dem Gange der heutigen Produktionsweise nachdachte, hat er der Befreiung einen neuen Charakter aufgedrückt, welchen wir in früheren Geschichtsperioden vergeblich suchen. Zwar hat es zu allen Zeiten Klassen des Volkes gegeben, welchen ausschließlich das Recht auf Arbeit zuziel, ohne daß ihnen auch die Genüsse des Lebens in gleicher Weise zu Theil wurden; zwar hat man manche Vorschläge gemacht, dem Elend und der Noth zu steuern, aber alle verjagten Mittel erwiesen sich als unzulänglich, oder aber die beabsichtigte Wohlthat schlug in das Gegenteil um, — wie beispielsweise die Gründung von Konsumvereinen oder Betriebsgenossenschaften in unseren Tagen als ein Mittel sozialer Erhebung nicht erscheint, sondern wie in England ebenfalls zur Anhäufung des Kapitals und Ausbreitung des Kleinhandels und Kleingewerbes führen muß.

Die Verbesserung der technischen Hilfsmittel führt zur Beschäftigung vieler Menschen der Gegenwart, der Fortschritt auf diesem Gebiete läßt für noch weitere Glieder der menschlichen Gesellschaft unter dem Fortbestand der heutigen Arbeitsverhältnisse und Erzeugungsart das gleiche Loos erwarten.

Die Vorbeugung gegen diese Mißstände der Gegenwart und Zukunft ist deshalb eine Lebensfrage des Arbeiterstandes aller Länder geworden.

In mehr oder weniger genügendem Maße haben sich die Arbeiter in den Ländern, in welchen sie sich in Vereinigungen gefunden haben, durch Selbsthilfe oder durch Veranlassung des Staates bezw. des Unternehmers gegen Krankheit und Invalidität gesichert oder suchen diesen Schutz zu erreichen.

Eine Hauptaufgabe der Gegenwart finden sie in dem Verlangen nach materieller Besserung, höherer Auslohnung und Beschleunigung der Arbeitszeit. Der Arbeiter fühlt sich heute, nachdem er zum Bewußtsein erwacht ist, ebenfalls als Mensch, welcher Forderungen gegen seine Familie und gegen sich selbst hat. Die Aufhebung des Lohnes soll ihm eine menschlichere Lebenshaltung, der Gewinn an freier Zeit zur Befriedigung seiner geistigen Bedürfnisse dienen.

Eine Grenze für diese Arbeitszeit wird kaum zu ziehen sein, sie hängt von der Entwicklung der heutigen Produktionsweise ab und wird sich mit steigender Bevölkerungszahl immer mehr verringern müssen, will man anders zahllosen Elenden der Gesellschaft das Recht auf Arbeit nicht abschneiden.

Diese beiden Forderungen in der Gegenwart erhoben, haben für die Kapitalisten so sehr Beunruhigendes nicht, indem die Statistiken nachweisen, daß nicht jene Betriebe mit hoher Arbeitszeit und geringen Löhnen am meisten produktiv sind, sondern, wie in Nordamerika, diejenigen Betriebe, welche hohen Lohn und kurze Arbeitszeit eingeführt haben.

Diese Erscheinung mag allerdings nur bis zu einer gewissen Grenze zutreffend bleiben, nämlich so lange, als der durch Ruhe des Körpers gewonnene Intensitätszuwachs ein Gegengewicht gegen den Ausfall einiger Arbeitsstunden bildet, aber die Befürchtung eines Umschlages bei weiterer Herabminderung der Tätigkeitsdauer kann doch nicht als Grund dienen, nicht bis zu dieser Grenze herabzusteigen und der gestellten Forderung sich zu verschließen.

Der im vorigen Jahre in Paris versammelte Kongress der Arbeitervertreter aller Länder hat diese Grenze vorerst in einer Arbeitszeit von 8 Stunden gefunden, nachdem bereits im Jahre 1886 ein allgemeiner Arbeiterkongress in Baltimore und ein solcher in Genf diese Forderung als eines der Ergebnisse jener Zeit aufgestellt hatte.

Zum Zwecke der Einführung dieser achtstündigen Arbeitszeit wurde an die Arbeiter aller Länder appelliert, ihrem dahingehenden Wunsche am ersten Mai 1890 durch eine Feiertagsfeier Ausdruck zu geben.

Ob diese Feiertagsfeier durch Niederlegung der Arbeit an diesem Tage oder in anderer Weise von Staaten ging, bleibt nur eine äußere Formfrage, welche der Forderung einen mehr oder weniger gewichtigen Nachdruck verleiht. Die Hauptfrage wird nur die bleiben, ob dieselbe in einer solchen allgemeinen Weise befunden wurde, daß die Einführung des achtstündigen Arbeitstages als Bestrebung der weitesten Arbeiterkreise gelten darf. Und diese Frage ist unbedingt zu bejahen.

In allen Ländern mit ausgedehnten maschinellen Betrieben haben die Arbeitermassen in erdrückender Zahl dieses Alpha einer wirksamen Arbeiterschutzesbewegung betont und zwar in einer ausnahmsweise so ruhigen und friedlichen Weise, daß, von Paris aus Spanien abgesehen, aus keiner anderen Stadt und keinem Staate Nachrichten über Verhältnisse gegen die Ordnung vorliegen. Allerdings ist dieses musterhafte Verhalten ein Dorn im Auge mancher Reaktionsäre, welcher so gerne bei Erzeugung dieses herrlich entfalteten Gedankens ein Kukulius unterlegt haben würde, herrlich die Erfahrung auf diesem Gebiete das Volk nicht gewinnbringender gemacht hätte. Diese friedliche Taktik muß die Anerkennung aller wahren Menschenfreunde, das Entzücken der Arbeiter aller Nationen sein und der Ruf der Unken muß vor solchen Thatfachen verstummen.

Der 1. Mai wird ein Markstein in der Geschichte und ein Wegweiser für die Menschheit sein, zu jenem Ziele zu gelangen, wo der Arbeiter nicht mehr ein einseitiger Sklave oder Maschinenwesen ist, sondern sich über diese unabhängig erheben hat. Bis zu jenem Ziele sind noch viele Steine zum Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung einzufügen, aber dieselben werden von den tüchtigen, fleißigen und wohlwollenden „Händen“ herbeigetragen werden, wobei Jeder ohne Ausnahme, selbst die heutigen Staatsleiter, Handreichungen leisten müssen, denn die Entwicklung vermag keine Macht der Erde aufzuhalten.

Lokales.

Ueber eine eigenartige Hautkrankheit, welche sich bei den mit denaturirtem Spiritus arbeitenden Berufsarten (Tischler, Möbelpolierer, Drechsler etc.) findet, bringt die neueste Nummer der „Deutschen Medizin. Wochenschrift“ einen Artikel von Dr. A. Blaschko in Berlin, dem wir folgendes entnehmen:

Das Ekzem — so ist die wissenschaftliche Bezeichnung für diese flechtenartige Hautkrankheit — erstreckt sich in der Regel auf Finger- und Handrücken, manchmal auch auf die Vorderarme. Bei den Arbeitern, welche zu dieser Erkrankung neigen — und deren Zahl ist eine ziemlich beträchtliche, wenn auch der Prozentsatz sich nicht genau schätzen läßt — besteht das Ekzem nicht stets in gleicher Ausdehnung und Intensität. Entweder ist es zeitweise gänzlich verschwunden, oder es finden sich am Rücken der Hände und Finger einzelne kleine schuppige und leicht juckende Flecke. Von Zeit zu Zeit — jährlich ein oder mehrere Male — tritt hierzu eine heftig juckende Flechte, der Hände, Unter- und Oberarme, oft auch des Gesichts, welche je nach dem Verhalten des Kranken binnen 2—3 Wochen abheilt oder sich zu einer Monate überdauernden Erkrankung ausbildet, die an einer Stelle heilt, um an einer anderen wieder neu aufzutreten, an einer dritten Stelle von Beginn an außerordentliche Hartnäckigkeit zeigt und was bei langem Bestande nicht selten — zur Bildung von Ekzemplacken auf dem übrigen Körper, sogar auf unbedeckten, weder mit dem Spiritus noch mit dessen Dämpfen in Berührung kommenden Stellen z. B. den Unterschenkeln, Veranlassung giebt; gelegentlich beobachtet man auch noch schwerere Erkrankungsformen.

Eine für alle Fälle gemeinsame Veranlassung zum Ausbrechen oder Wiederauftreten der Erkrankung ist nicht ausfindig zu machen; sehr häufig zeigt sich dieselbe beim Eintritt rauher Witterung, ein anderes Mal gerade während des Sommers nach starker Schweißsekretion. Oft geben die Arbeiter gleichzeitig aufgetretene Verdauungsbeschwerden an, von denen ein Zusammenhang mit dem Ekzem jedoch nicht sicher zu behaupten ist. Die Patienten gehören den verschiedenen Altersstufen an und waren zum Theil recht gesunde und kräftige Männer; über Hustenreiz und namentlich Augenbeschwerden klagten die meisten, leichtere Fußrückenkatarrhe wurden mehrfach konstatiert. Von sehr wesentlicher Bedeutung ist die mehr oder minder ergiebige Ventilation der Arbeitsräume; in gut ventilirten Werkstätten können selbst 10 l Spiritus (= 50 g Pyridin), ein Quantum, das z. B. in einer größeren hiesigen Möbelfabrik unter 18 Polirern in zwei fünfzehnstufigen Zimmern täglich zur Verarbeitung und zum größten Theil auch zur Verdunstung gelangt, weniger Schaden anrichten, als ein geringeres Quantum in mangelhaft ventilirten Räumen.

Als ursächliches Moment kommt vor allem die eigentliche Politur, eine Lösung von Schellack in denaturirtem 88 bis 95 procentigem Spiritus in Betracht. Weder Schellack noch Spiritus sind für die Haut gänzlich indifferenten Stoffe, zumal bei andauerndem Kontakt, wie ihn das Polieren bedingt. Namentlich ist der ziemlich hochgradige Alkohol zweifellos von schädlichem Einfluß auf die Haut, ja sogar doppelt schädlich, insofern er der Epidermis zugleich Wasser und Fett entzieht und diese dadurch trocken, spröde und rissig macht. Bei den meisten Arbeitern gewöhnt sich indes die Haut allmählig an das Uebel, um nur bei diesen oder jenem gelegentlich aufzujucken oder in einen echten Entzündungszustand zu geraten. Auch der Schellack ist, wie die meisten Harze, ein Reizmittel für die Haut; daß derselbe aber bei dem Zustandeformen des Ekzems keine wesentliche Rolle spielt, zeigt das Vorkommen der Erkrankung bei Arbeitern anderer Berufe, welche mit bloßem denaturirtem Spiritus arbeiten. (Metallarbeiter, Bergarbeiter etc.)

Es sind denn nun auch vor der Einführung des Denaturierungsverfahrens — d. h. vor 1879 — Erkrankungen der Möbelpolierer an Handgelenken nicht unbekannt gewesen; aber es waren doch immer vereinzelte Fälle, während nach der übereinstimmenden Aussage der älteren in dem Fache beschäftigten Arbeiter die Zahl der Erkrankungen jetzt wesentlich zugenommen hat.

Nun haben jedoch die Denaturierungsmittel im Laufe dieser Jahre an Art und Menge mehrfach gewechselt: Anfangs — bis etwa zum Jahre 1881 — wurde dem Spiritus ein Zusatz von 10 bis 20 pCt. Methyllalkohol (Holzgeist) gegeben, welcher aber ganz allgemein bei den Arbeitern hochgradige Konjunktividen erzeugte und deshalb im Laufe der folgenden Jahre — bis 1887 — auf 5 pCt. herabgesetzt wurde; diese Modifikation schien am wenigsten schädlich gewesen zu sein. Im Oktober 1887 wurde aus steuerrechtlichen Gründen der Methyllalkohol durch ein Gemisch von Pyridinbosen in Höhe von 5—10 pCt. ersetzt. Seit Januar 1888 ist der Pyridinzusatz erheblich herabgemindert, und als „allgemeines Denaturierungsmittel“ ein Zusatz von 2 pCt. Holzgeist und 1/2 pCt. Pyridin eingeführt worden. Gleichzeitig wird unter gewissen Bedingungen einzelnen Gewerbetreibenden gestattet, die Denaturierung für den eigenen Bedarf mit 5 pCt. Methyllalkohol, ferner zur Politur, die zum Handelsbetrieb bestimmt ist, mit Terpentin vorzunehmen.

Die Denaturierung mit Terpentindampf, welche in Sachsen und Süddeutschland vielfach geübt wird, ist in Berlin erst ganz neuerdings vereinzelt eingeführt. Die Veranlassung zur Denaturierung mit 5 procentigem Holzgeist ist nach Aufdeckung einer Reihe von Unregelmäßigkeiten vielen Berliner Gewerbetreibenden entzogen worden, so daß für die Stadt Berlin im Jahre 1889 fast ausschließlich das allgemeine Denaturierungsverfahren in Betracht kommt.

Nun ist von beiden Denaturierungsmitteln, Methyllalkohol und Pyridin, das erstere, welches in seiner Wirkung auf die Haut sich dem gewöhnlichen Methyllalkohol ziemlich ähnlich verhält, bei den geringen in Frage kommenden Mengen (2—5 pCt.) wohl als unwesentlich zu betrachten; mit Bezug auf das Pyridin dagegen ließ sich dies ohne weiteres nicht annehmen.

Versuche und Beobachtungen, welche zur Entscheidung dieser Frage von Herrn Dr. A. Blaschko angestellt wurden, führten diesen zu der Anschauung, daß für die Katarrhe des Auges und der Respirationsorgane das Pyridin zweifellos den Krankheits-erzeuger repräsentirt, während für die Ekzeme, eine gleichzeitige schädliche Wirkung des Spiritus selbst und des Schellacks nicht mit Sicherheit auszuschließen ist. Charakteristisch ist übrigens auch folgender Versuch: Zwei an der Polittisch des Dr. Blaschko thätige Arbeiter übernahmen es, sich auf den Oberarm eine mit Pyridin getränkte Wattekompressur zu applizieren, welche daselbst unter luftdichten Gummipapierverschluss mit einer Mullbinde fixirt wurde. Nach einer Viertelstunde ließ das anfangs ziemlich heftige Brennen nach; eine weitere Fortsetzung des Versuchs jedoch erwies sich in beiden Fällen als unausführbar, da der geradezu ekelerregende Gestank des Pyridins ein Verweilen der Herren in menschlicher Gesellschaft unmöglich zu machen drohte.

Auch von den übrigen Ärzten des Gewerks-Krankenvereins sind, wenn auch nur vereinzelt, Angaben gemacht worden, welche

eine schädigende Wirkung des denaturirten Spiritus außer allem Zweifel stellen. Vor allem gilt dies für die Beteiligung der Augen, über welche mehrfach berichtet wird. So bemerkt einer der Augenärzte der Kasse, daß er in der letzten Zeit wiederholt (von Januar bis April 1889 allein 5) Möbelpolierer an hartnäckigen Formen von Bindehautkatarrhen behandelt hat, und daß man in der Verdunstung des denaturirten Spiritus, insbesondere des Pyridin, den Grund für das Entstehen, sowie für die schwere Heilbarkeit der an sich leichteren Erkrankungsformen zu suchen habe. Hautaffektionen sind ebenfalls häufig beobachtet worden; gelegentlich auch Erkrankungen der Verdauungs- und Athmungsorgane.

Insgesamt betrachtet, erscheint das Pyridin für den menschlichen Organismus, wenn auch nicht in hohem Grade gefährlich, so doch auch nicht ganz so harmlos, wie die Mitglieder der von der Regierung zur Prüfung dieser Frage eingesetzten Kommission in einer neueren Publikation, welche die Vorzüge des neuen Denaturierungsverfahrens auseinandersetzt, anzunehmen geneigt sind. Zu den fünf Bedingungen, welche daselbst als erforderlich für ein gutes Denaturierungsmittel aufgestellt werden, und welche darin bestehen, daß dasselbe

1. den Spiritus unbrauchbar zu Genusszwecken machen muß,
2. wesentlich billiger als der gewöhnliche Steuererlaß,
3. schwer abspaltbar,
4. leicht nachweisbar sein muß und
5. die Verwendung des Spiritus zu technischen Zwecken nicht beeinträchtigen darf, müßte als solche, oder als eigentlich erste und sehr wesentliche Bedingung ihre absolute Unschädlichkeit für den menschlichen Organismus hinzulommen, da doch wohl kein finanzpolitisches Interesse so wichtig sein kann, daß es eine noch so geringe Gesundheitschädigung breiter Bevölkerungsschichten aufwäge.

Das bisherige Denaturierungsverfahren, dessen weitere Vervollkommnung die genannte Kommission selbst als wünschenswerth anerkannt, nach dieser Richtung hin nicht einwandfrei ist, geht wohl aus der obigen Darstellung hervor. Es wäre daher mit großer Freude zu begrüßen, wenn es den Chemikern gelänge, ein Verfahren ausfindig zu machen, welches nicht allein allen technischen, sondern auch allen sanitären Anforderungen in vollem Maße genüge, oder wenn man den Denaturierungsprozeß gänzlich umginge und den zu gewerblichen Zwecken benutzten Spiritus „unter Kontrolle der Verwendung“ steuerfrei ließe.

Etwas über Zählengift. Angesichts der neuerdings wieder vorgeschlagenen Verwendungen von Menschen durch den Biß giftiger Schlangen gewinnen die von dem Pariser Physiologen Professor Kaufmann vor einiger Zeit über Schlangengift angestellten eingehenden Untersuchungen an aktuellem Interesse. In einer an die „Revue scientifique“ gerichteten Zuschrift giebt Professor Kaufmann genauere Auskunft über das von ihm vorgeschlagene Verfahren zur Behandlung der durch giftige Schlangen verursachten Bismunden. Man muß demnach so bald wie möglich nach Empfang des Bisses das betreffende Körperglied oberhalb der verletzten Stelle unterbinden, entweder mit dem Taschentuch oder mit einer anderen Binde. Hierauf spritzt man genau an den Stellen, wo die Giftsäure eingebrungen sind, mit Hilfe einer Morphiumspritze zwei bis drei Tropfen einer Lösung von 1 Theil übermanganäurem Kali (oder Chromsäure) in 100 Theilen Wasser in die Wunde ein. Es ist nöthig, daß die eingespritzte Flüssigkeit genau bis zu derselben Stelle dringt, wie das Gift; man muß also die Einspritzung mehr oder weniger tief machen, je nach der Größe der Schlange, welche gebissen hat. Hierauf macht man in einer geringen Entfernung um die verletzte Stelle herum noch drei bis vier ähnliche Einspritzungen. Wenn man in dieser Weise verfährt, so kann man sicher sein, das Gift zu erreichen und am Orte zu zerstören. Wenn im Augenblick der Behandlung die Anschwellung schon eine gewisse Größe erreicht hat, so muß man die Einspritzung an verschiedenen Punkten der Geschwulst ausführen. Ist dies geschehen, so drückt man die Stelle leicht mit der Hand, um die eingespritzte Flüssigkeit zu vertheilen und ihre Vermischung mit dem Gift zu erleichtern. Darauf macht man einige Einschnitte mit der Spitze eines Messers oder Federmessers und drückt die Geschwulst wiederholt mit der Hand, um den Ausfluß der aus der Wunde tretenden Flüssigkeit zu erleichtern. Abdann wäscht man die Oberfläche mit der Lösung von übermanganäurem Kali oder Chromsäure und legt einen kleinen mit solcher Lösung getränkten Lappen auf. Häufig die Anschwellung nach einiger Zeit fort zu wachsen, so muß man in die angeschwollenen Theile neue Einspritzungen machen und das Austreten der Flüssigkeit durch Einschnitte befördern. Bei dieser Behandlung bewahren die Gewebe ihre Lebensfähigkeit; die Haut nimmt eine rothe, niemals schwarze Färbung an und eingebrungenen Mikroben werden zerstört, da die erwähnten Lösungen sowohl als Gegengifte, wie als Antiseptika wirken. Neben der örtlichen Behandlung der Wunde ist es rathsam, eine allgemeine Behandlung einhergehen zu lassen. Diese besteht in dem innerlichen Gebrauch alkoholischer Flüssigkeiten, welchen man zwei bis drei Tropfen Ammoniak zugesetzt hat. Der Alkohol und das Ammoniak befördern in schwacher Menge die Thätigkeit des Nervensystems, erhöhen den Blutdruck und regen die Herzthätigkeit an. Sie müssen wiederholt in kleinen Mengen genossen werden, so daß der Kranke in beständiger Erregung erhalten wird. Das häufig empfohlene Purgationsverfahren, den Kranken betrunken zu machen, erklärt Professor Kaufmann für mangelhaft, da die abstumpfende Wirkung des in großen Mengen genossenen Alkohols die ähnliche Wirkung des Giftes verstärkt. Der Alkohol, in großer Menge genommen, lähmt das Nervensystem, erzeugt eine Erniedrigung des Pulsdrucks und setzt die Herzthätigkeit herab — alles Wirkungen, vor denen der Kranke möglichst bewahrt werden muß.

Unter den kleinen Kraterechlangen, Pharaoschlangen und Hinterlader wird ein Spielzeug in den Verkehr gebracht, dessen Verwendung gesundheitsgefährlich ist. Die Fällung der zur Verbrennung kommenden Patronen enthält giftiges Quecksilberhydroxid, dessen Dämpfe auch sehr schädlich auf die Gesundheit wirken. Das Publikum wird vor der Verwendung dieser Spielerei, namentlich für Kinder und in Kinderzimmern ersichtlich gewarnt; die Verkäufer werden vom Polizeipräsidenten darauf hingewiesen, daß der Verkauf dieses Spielzeuges strafbar ist.

Das Feilhalten von Fliegenpapier ist nach einer polizeilichen Bekanntmachung nur den Apothekern und den zum Handel mit Giften berechtigten Kaufleuten und Gewerbetreibenden und auch diesen nur unter den beim Giftverkauf vorgeschriebenen Vorsichtsmaßnahmen gestattet.

Einbruch. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde in der an der Ecke der Hermann- und Jägerstraße in Niddorf belegenen Wube des Herrn Walter, eines im Industriebetrieb invalide gewordenen Genossen, ein äußerst frecher Einbruch verübt. Nachdem die Diebe die durch ein festes Eisloch verschlossene Thür gesprengt hatten, raubten dieselben einige hundert Thaler und andere Verkaufartikel. Wahrscheinlich bei der That gestört, ließen andere Gegenstände von den Dieben unberührt. Die polizeilichen Recherchen sind im Gange und dürfte es gelingen, der Verbrecher habhaft zu werden. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Genossen beim Besuch der Niddorfer Kirch-

